

Miteinander in Vielfalt

Ilhan Postaloglu



Im Rahmen der Aktion „Nürnberg hält zusammen“ rief der Integrationsrat – in Kooperation mit AGABY und DGB – am 21. März 2015 zur Fotoaktion RESPEKT auf, Foto: Lothar Mantel

Täglich wühlen uns weltpolitische Ereignisse emotional auf. Als Nürnberger Bürgerinnen und Bürger sind wir ein Teil der Weltgemeinschaft. Die Ereignisse beeinflussen nicht nur unsere Gefühle, sie haben auch kommunalpolitische Auswirkungen.

Grundsätzlich gilt, dass kein Mensch wegen seiner Meinung, seines Glaubens, seiner Weltanschauung, seines Aussehens oder seiner Herkunft diskriminiert, ausgegrenzt, gefoltert oder umgebracht werden darf. Es steht niemandem das Recht zu, einem Menschen das Leben zu nehmen.

Die Unruhen und Kriege auf unserer Erde tragen wesentlich dazu bei, dass Menschen ihr Hab und Gut verlieren, ihre Heimat verlassen müssen, um ihr Leben zu retten. Diesen Menschen zu helfen, ihnen Geborgenheit zu gewähren, ist die Aufgabe aller Menschen.

Wenn wir uns Nürnberg ansehen, dann stellen wir fest, dass es eine große Bereitschaft in der Bevölkerung zur Unterstützung der Flüchtlinge gibt, auch wenn es an einigen Stellen einer Verbesserung bedarf. Auf städtischer Ebene gibt es große Anstrengungen, auf Bezirks- und Landesebene bleibt einiges zu wünschen übrig.

Das Thema „Integration“ beschäftigt unsere Gesellschaft schon seit langem und wird uns in Zukunft noch mehr herausfordern. In Nürnberg ist die Integration sowohl auf kommunalpolitischer als auch auf gesellschaftlicher Ebene in guter Bearbeitung.

Seit über einem halben Jahrhundert leben Menschen mit Migrationshintergrund in unserer Stadt, manche Familien schon in der dritten oder vierten Generation. Ich möchte nicht behaupten, dass Integration überall zu 100 Prozent gelungen sei. Viele Eingewanderte werden noch in vielen Bereichen – obwohl sie sich meist längst integriert fühlen – benachteiligt, z.B. am Arbeitsplatz, bei der Wohnungssuche, beim Besuch von Diskotheken, beim Übertritt der Kinder von der Grundschule an weiterführende Schulen. Schülerinnen und Schülern aus Zuwandererfamilien wird oft von den Lehrern eine berufliche Ausbildung und selten eine akademische Bildungslaufbahn geraten. Nach wie vor sind Kinder mit Migrationshintergrund – insbesondere aus Familien aus den ehemaligen Gastarbeiteranwerbeländern – in den Mittelschulen über- und an den Realschulen und Gymnasien unterrepräsentiert. Auch an den Hochschulen und Universitäten sind Studierende mit Migrationsgeschichte zu wenig vertreten.

Es ist bedauerlich, dass die muttersprachliche Bildung im Rahmen eines interkulturellen Unterrichts vernachlässigt wird.

Eingewanderte, deren Sprachen nicht wertgeschätzt werden, fühlen sich auch kaum willkommen. Eigentlich wäre es wünschenswert, dass verschiedene Sprachen der Zugewanderten in den Schulen als Wahlfach angeboten werden. Der Integrationsrat wie verschiedene Interessensverbände von Zugewanderten würden gerne ihre interkulturelle Kompetenz in die bildungspolitischen Planungen einbringen.

Wir brauchen grundsätzlich in den Kindertagesstätten, in den Schulen und Universitäten, im Justizwesen, bei der Polizei und insgesamt in der Verwaltung mehr Personal mit Migrationshintergrund. Dazu müssten aber auch die Personalverantwortlichen in den Ämtern und der Verwaltung gezielter auf die Kompetenzen und Fähigkeiten der Bewerber schauen und weniger auf den ausländisch klingenden Namen. Und es fehlen echte, zielgerichtete Programme, um den Anteil der Auszubildenden und Beschäftigten mit Migrationshintergrund in der Stadtverwaltung zu erhöhen.



Ilhan Postaloglu und Lemia Yiyit, Foto: Hilal Toptaş

Wünschenswert wäre eine echte Partizipation, in der alle Zugewanderten echte Chancengleichheit erhalten und in den sozialen, gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Prozess als Gleichberechtigte eingebunden werden. Dazu brauchen wir nicht nur schöne Worte, sondern auch eine tatkräftige Umsetzung.

Unsere Gesellschaft darf sich nicht spalten lassen, da einige wenige versuchen, mit Vorurteilen und Hetze Hass gegen Minderheiten zu schüren. Daher begrüßen wir den Zusammenschluss aller großen Verbände und Institutionen in Nürnberg

Grußwort des Oberbürgermeisters Dr. Ulrich Maly



Liebe Leserinnen und Leser,

Nürnberg ist bunt. In unserer Stadtgesellschaft leben Menschen unterschiedlichster Herkunft, Muttersprachen, Generationen und Religionen gut zusammen. Die Stadt ist seit Ende des Zweiten Weltkriegs Heimat für Zehntausende von Heimatvertriebenen, von so genannten Gastarbeiterinnen und Gastarbeitern und von Spätaussiedlern geworden, Arbeitskräfte aus aller Welt leben mit ihren Familien hier und Menschen aus Krisengebieten finden Asyl. Wir sind also mit gutem Grund der Meinung: Wir können Vielfalt, wir können Integration, wir können interreligiös. Die große Hilfsbereitschaft gegenüber den neu ankommenden Flüchtlingen bestätigt mich in diesem Eindruck, und darüber bin ich sehr froh.

Aber wir dürfen uns nichts vormachen: Auch in unserer Stadt ist es im vergangenen Sommer zu antisemitischen Ausbrüchen gekommen, auch bei uns müssen sich muslimische Mädchen mit dem schrecklichen Begriff des „Kopftuchmädchens“ bezeichnen lassen, auch Nürnberger Muslime stehen bei terroristischen Anschlägen plötzlich unter Generalverdacht. Gleich zwei Gruppierungen, die sich unter dem Kürzel „gida“ gegen eine angebliche „Islamisierung“ des so genannten „Abendlandes“ wenden, werben seit Anfang 2015 in Nürnberg mit ausgrenzenden und zum Teil offen rechtsextremen Parolen um Unterstützung. Wir wissen aus Studien, dass zwischen 15 und 20 Prozent der Bevölkerung für ausländerfeindliche, rassistische, antisemitische und islamfeindliche Einstellungen empfänglich sind – nicht speziell in Nürnberg, aber eben auch hier. Soziologen nennen diese Vorurteilspakete „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“, weil sie eines gemeinsam haben: Man stempelt Menschen nur aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer Gruppe ab und macht sie zu Sündenböcken für alles das, was tatsächlich oder vermeintlich schief läuft.

Das überwiegend gute Neben- und Miteinander in unserer Stadt ist deshalb keine Selbstverständlichkeit, sondern ein hohes Gut, um das wir uns immer wieder bemühen müssen. Und da sind alle gefragt: die Politik natürlich, aber auch die Religionsgemeinschaften, die Wirtschaft und die Gewerkschaften, Vereine, Initiativen und Verbände, die wichtige Bereiche der Zivilgesellschaft repräsentieren, und alle Bürgerinnen und Bürger. Wir haben uns deshalb im Januar, auch unter dem Eindruck des Terroranschlags in Paris, zusammengeschlossen, weil wir unsere Gesellschaft eben nicht spalten lassen wollen und weil wir überzeugt sind: „Nürnberg hält zusammen.“

Unter diesem Motto zeigen wir in einer losen Reihe unterschiedlicher Formate, dass niemand diskriminiert und ausgegrenzt werden darf: mit Kundgebungen, wo ein kräftiges Signal nötig ist, aber auch mit Picknick und Feiern in Vielfalt, mit einer Fahrradtour der Religionen, mit gegenseitigen Einladungen, Gespräch und Zuhören und mit dem gemeinsamen Lösen von Problemen, dort wo es sie gibt. Die Gestaltung des Stadtlebens ist niemals ein reines Harmoniemodell, weil sehr viele, äußerst verschiedene Menschen auf engem Raum zusammenleben und sich die Bedürfnisse und Lebensstile nicht konfliktfrei entfalten können. Aber das geht im respektvollen Miteinander, mit Toleranz und in dem Wissen, dass das Zusammenleben in einer „monochromen“, vermeintlich homogenen Gesellschaft genauso schwierig ist wie das Zusammenleben in unserer jetzigen vielfältigen und vielgestaltigen – nur ohne den Reiz dieser Vielfalt. Da ist Haltung und Zusammenhalt gefragt: Nürnberg hält zusammen und wird dies auch weiterhin tun!

Ihr
Dr. Ulrich Maly

U. Maly

Migrationshintergrund oder Migrationsvordergrund?!

Hilal Toptaş

Schwarze Haare + braune Augen = Migrant/ Ausländer

Was bedeutet denn überhaupt Migrant?

Das Wort „Migration“ kommt vom Lateinischen „migrare“ und bedeutet sogleich wandern wie wegziehen. Im Prinzip dürfte also ein Mensch, der in Nürnberg geboren und aufgewachsen ist, kein Migrant sein. Aber woher stammen denn all diese Begrifflichkeiten?

Als Ausländer und Ausländerinnen gelten alle, die nicht Deutsche im Sinne des Art. 116 Abs. 1 GG sind und daher nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund im engeren Sinne gehören alle Zugewanderten und alle in Deutschland geborenen Ausländer und Ausländerinnen. Von den Deutschen mit Migrationshintergrund, die ihre deutsche Staatsangehörigkeit seit Geburt besitzen, haben nur jene einen Migrationshintergrund im engeren Sinne, die mit ihren Eltern oder einem Elternteil im selben Haushalt leben, weil nur dann die für die Zuordnung entscheidende Elterninformation vorliegt.

Ob die Person einen deutschen oder ausländischen Pass besitzt, ist daher meistens unwich-

tig. Was zählt ist das Aussehen. Im Grunde verrät das äußere Erscheinungsbild unser Herkunftsland. Hat man schwarze Augen und dunkle Haare, dann hat die Frage „Woher kommst Du?“ eine andere Bedeutung, nämlich „Hast du einen Migrationshintergrund?“. Wenn ich die Frage mit „...aus Nürnberg“ beantworte, reicht es nicht das Thema dabei zu belassen. Es wird darauf gewartet, dass ich die Migrationsgeschichte von meinen Großeltern und Eltern erzähle. Natürlich ist es mir eine Freude darüber zu berichten. Jedoch wäre es netter, wenn das Interesse auf mich bezogen ist und nicht auf meine Herkunftsgeschichte. Das Problem in der Gesellschaft ist, dass die Person meistens nicht als Individuum wahrgenommen wird, sondern als Stereotyp. Ist man Türke, isst man Döner. Ist man Italiener, isst man Pasta. Solche Merkmale sind freundlich gemeint, allerdings werden manchmal religiöse, kulturelle und politische Verschiedenheiten auch zu Klischees. Diese Klischees erschweren das interkulturelle Zusammenleben.

Um die Interaktion mit Menschen zu erweitern, sollte man das Schubladendenken vermeiden. Die Werte und Normen anderer

Kulturen sollten wertgeschätzt und als Bereicherung empfunden werden.

Nur so können wir ein gelungenes interkulturelles Zusammenleben gestalten.



Hilal Toptaş, Semesterpraktikantin beim Integrationsrat, Januar 2015, Foto: Ina Graf

Fortsetzung von Seite 1

unter Federführung des Oberbürgermeisters zur Kampagne „Nürnberg hält zusammen“. Alle bekennen klar Farbe und machen deutlich, dass die Nürnberger Bürger/innen keinen Platz für Rassismus, Ausgrenzung und extremistisches Gedankengut lassen.

Der Integrationsrat der Stadt Nürnberg hat sich seit seiner Gründung mit vollem Engagement für das friedliche Zusammenleben aller Bürger/innen eingesetzt. Wir treten ein für ein „Miteinander in Vielfalt“, für Gleichberechtigung, Gleichbehandlung, Chancengleichheit aller Menschen, Menschenwürde, Menschenrechte, Meinungs-, Glaubens- und Religionsfreiheit und für die Aufrechterhaltung der freiheitlichen Demokratie in dieser Stadt und in diesem Land. Wir wollen diesen Prozess der demokratischen Entwicklung weiter fördern.

Wir sagen NEIN zu Rechtsradikalismus und zu Extremismus aller Art, wir sagen NEIN zu Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Islamfeindlichkeit, Antisemitismus, Verletzung der Glaubens- und Religionswerte und zu Diskriminierungen aller Art.

Zeigen wir mehr Mut zum Miteinander! Wir wollen miteinander in Vielfalt leben!

Ilhan Postaloglu ist Vorsitzender des Integrationsrates

Mehrsprachigkeit oder doppelte Halbsprachigkeit?

Friedrich Popp



Eine Sprache = ein Mensch, zwei Sprachen = zwei Mensch (türkisches Sprichwort), Foto: Friedrich Popp

Gute Kenntnisse der Umgangssprache (bzw. Verkehrssprache) brauchen alle Menschen, die dauerhaft im Lande leben. Die Menschen müssen sich verstehen und sich auch sprachlich verständigen können.

Manchmal geben Erzieher/innen oder Grundschullehrer/innen den Eltern mit Migrationshintergrund den Rat „Sprechen Sie zu Hause Deutsch mit Ihrem Kind!“. Dieser Rat mag vielleicht gut gemeint sein, aber ist es auch ein guter Rat? Darüber gehen die Meinungen auseinander.

In der Psychologie ist unbestritten, dass Kinder im Alter von etwa zwei bis sechs Jahren ein Zeitfenster haben, in dem sie sehr leicht eine oder zwei Sprachen lernen können. Von der engsten Umgebung, insbesondere von Mutter

und Vater lernt das Kleinkind durch Kopieren und Nachsprechen die Umwelt kennen und auch die Sprache(n). Gefühle und Emotionen werden zum Teil sprachlich ausgedrückt. Deshalb ist es wichtig, dass die Eltern dies in ihrer eigenen Muttersprache tun. „Sprechen Sie zu Hause Ihre Muttersprache mit Ihrem Kind“, wäre daher mein Ratschlag. Emotionale Bindungen sind für das Kind sehr wichtig, insbesondere sollten Mutter und Vater mit dem Kind viel sprechen (statt das Kleinkind zur Dauerberieselung von den Fernsehapparat zu setzen). Die Muttersprache hat eine hohe Bedeutung für die Erziehung. Unter Muttersprache verstehe ich in erster Linie die Sprache, welche die ganze Lebensfülle ausdrückt, also insbesondere die Gefühle und die Träume.

In der Regel ist dies bei Zugewanderten der ersten Generation eine nichtdeutsche Sprache, in der zweiten oder dritten Generation kann dies durchaus auch die deutsche Sprache sein. In Interviews geben Jugendliche mit Migrationshintergrund häufig an, dass sie mit den Eltern in der Muttersprache der Eltern sprechen, aber mit den Geschwistern Deutsch. Die Muttersprache gerät in diesem Fall in den Rang der Zweitsprache. In gewisser Weise haben diese mehrsprachigen Kinder eine Muttersprache von den Eltern und eine Umweltsprache von der deutschsprachigen Umgebung.

Wie gelingt die mehrsprachige Erziehung? Im Idealfall lernt das Kind die ausländische Muttersprache ab Geburt von Vater und Mutter. Nach ein oder zwei Jahren bekommt das Kind Kontakt zu deutschsprechenden Kindern in einer Kindergruppe oder bei einer Tagesmutter, mit drei Jahren geht das Kind in einen Kindergarten und lernt spielend Deutsch. Interkulturell orientierte Pädagogen/innen unterstützen das Kind in der Sprachentwicklung, vielleicht schließt sich vor dem Eintritt in die Grundschule ein gezielter Deutschkurs an (z.B. Deutsch 240). Bei Eintritt in die Grundschule ist das das Kind nahezu auf der gleichen Sprachstufe wie ein Kind ohne Zweitsprache. Inzwischen gibt es Studien, die nachweisen, dass diese Kinder aufgrund ihrer Mehrsprachigkeit sogar intelligenter sind.

Leider läuft die Entwicklung der Kinder nicht immer in dieser idealen Weise. Was sind die Hindernisse für eine optimale Entwicklung? Häufig wird zu Hause nicht ausreichend gesprochen. Kleinkinder sollten mit Märchen und Liedern aufwachsen. Oft werden Kleinkinder vor den Fernseher gesetzt, damit sie nicht stören. Ein Platz in einer Krippe oder im Kindergarten ist nicht vorhanden, oder die älteren Geschwister müssen auf die Kleineren aufpassen. Wenn die Kinder aus den Familien mit Migrationshintergrund erst mit vier oder fünf Jahren in den Kindergarten kommen,

dann sind ein oder zwei wichtige Jahre für den Erwerb der Zweitsprache Deutsch verloren, und das ist oft gar nicht mehr aufzuholen. Zu Beginn der Einschulung sind diese Kinder dann schon die Verlierer. Die Statistiken bezüglich Wiederholer in den ersten beiden Schuljahren und die Übertritte an Gymnasien und Realschulen nach der vierten Klasse sprechen leider eine deutliche, negative Sprache. Was ist unter doppelter Halbsprachigkeit zu verstehen? Wenn Kinder im Vorschulalter die Muttersprache ihrer Eltern nicht ausreichend oder unzulänglich lernen, dann haben sie zwar Grundkenntnisse in dieser Sprache, aber sie haben keine gedankliche Vorstellung von Dingen, deren Fachbegriffe sie nicht kennen. Wenn jemand jedoch einen ausreichenden Wortschatz in der Muttersprache hat, dann kann er/sie das betreffende Wort in der Muttersprache bilden und auch leicht in die Zweitsprache übersetzen. Dieser Vorgang geht natürlich im Alltag fließend.

Wer also eine Sprache gut kann, tut sich leichter mit der Zweitsprache – aber auch umgekehrt. Wer die Erstsprache nur schlecht spricht, wird auch Schwierigkeiten in der Zweitsprache haben.

Und es gibt da noch die Kinder aus Ehen mit unterschiedlichen Muttersprachen. Hier raten die Experten/innen in der Regel: der jeweilige Elternteil mit der deutschen Muttersprache soll konsequent Deutsch sprechen und der anderen jeweils die nichtdeutsche Muttersprache.

Gute Kenntnisse der deutschen Sprache sind für den schulischen und beruflichen Erfolg für Kinder und Jugendliche aus Einwandererfamilien ohne Zweifel unerlässlich und ein wichtiger Schlüssel für ihre Zukunft. Wer zwei Sprachen von Kindesbeinen an lernt, hat eine zusätzliche Qualifikation.

Friedrich Popp ist Leiter der Geschäftsstelle des Integrationsrates

Pflegebedürftige Menschen mit Zuwanderungsgeschichte

Interview mit Olesya Reis von Ella Schindler

Über das Engagement für ältere und pflegebedürftige Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und deren Angehörigen

In Nürnberg leben mehr als 30.000 Senioren mit Zuwanderungsgeschichte, die 65 Jahre und älter sind. Dabei trifft auch auf Nürnberg das zu, was bundesweite Untersuchungen zeigen: Ältere Zuwanderer haben oft einen hohen Pflegebedarf, werden überwiegend von ihren Angehörigen zu Hause versorgt und verfügen nach wie vor über wenig Informationen über die vorhandenen Pflegeangebote. Dem entgegenzuwirken hat sich Olesya Reis zur Aufgabe gemacht. Die Sozialpädagogin arbeitet seit Jahren bei der AWO Nürnberg und bietet dort unter anderem Pflege- und Demenzberatung für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte an. Seit Frühjahr 2014 engagiert sich Olesya Reis ehrenamtlich im Integrationsrat für die Belange von älteren und pflegebedürftigen Menschen und deren Angehörigen.

können. Oft geht es am Anfang der Beratung um die Frage, ob eine Pflegestufe beantragt werden kann und soll. In diesem Fall berate ich die Angehörigen zunächst einmal über die Leistungen der Pflegeversicherung.

ES: Vielen Menschen fällt es schwer, eine Beratungsstelle aufzusuchen. Warum?

OR: Ein Beispiel: Die Eltern kommen alleine nicht mehr so gut zurecht wie früher. Dass merken die Kinder, wollen das aber nicht so wahrhaben. Das ist sehr oft die erste Reaktion, die sehr verständlich ist. Niemand möchte, dass die Eltern kränker und schwächer werden. Man sagt sich dann: Naja, das ist noch gar nicht so schlecht. Man schiebt das eine Zeit lang vor sich hin, selbst wenn man weiß, dass es eine Stelle gibt, an die man sich wenden kann. Es ist noch nicht so weit, denken viele. Wenn aber eine gewisse Grenze der Belastbarkeit überschritten ist, wenn man das Gefühl hat, ich habe es nicht mehr unter

weniger Angst, missverstanden zu werden. Sie trauen sich eher, Fragen zu stellen. Außerdem spielt die emotionale Ebene eine wichtige Rolle, das beobachte ich in der Angehörigengruppe für Menschen mit Demenz. Auch wenn Angehörige gut Deutsch sprechen, fällt es ihnen leichter, über ihre Emotionen in ihrer Muttersprache zu sprechen. Auch andere Faktoren spielen eine Rolle. Viele haben etwa Angst vor Institutionen und sind sich unsicher: Was kommt nach der Beratung, welche Konsequenzen wird sie für mich haben? Deswegen ist die Aufklärungsarbeit gerade bei Menschen mit Zuwanderungsgeschichte so wichtig.

ES: Wie können Sie diese Ängste Ihren Klienten nehmen?

OR: Für die Ratsuchenden ist es wichtig zu wissen, dass die Beratung auch anonym möglich ist und dass die Informationen nicht weitergegeben werden. Außerdem: Es werden

diese Herausforderung auch gut meistern.

ES: Wofür setzen Sie sich im Rahmen ihres Engagements beim Integrationsrat ein?

OR: Ich möchte mich als Mitglied des Integrationsrates für den Ausbau von Unterstützungsangeboten für ältere und pflegebedürftige Menschen mit Zuwanderungsgeschichte stark machen. Denn ich stelle immer wieder fest, dass zum Beispiel der Begutachtungstermin zur Feststellung der Pflegebedürftigkeit bei älteren Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und deren Angehörigen mit einer besonders großen Aufregung verbunden ist: Für die Begutachtung sind präzise Angaben zum Pflegebedarf grundlegend. Bei sprachlicher Unsicherheit kann es dabei zu gravierenden Missverständnissen und gar zu falschen Begutachtungsergebnissen kommen. Die Problematik kann viele wichtige Lebensbereiche betreffen. Daher wäre es zum Beispiel wichtig, den Betroffenen eine qualifizierte muttersprachliche Begleitung zu Ärzten, während eines Krankenhausaufenthalts oder bei der Feststellung der Pflegebedürftigkeit zu ermöglichen.

Es gibt bereits gute Angebote, denen müssen aber noch weitere folgen.

Olesya Reis ist Mitglied des Integrationsrates und Sprecherin des Arbeitsausschusses Soziales



Olesya Reis mit Seniorinnen und Senioren, Foto: Privatarchiv Olesya Reis

ES: Frau Reis, mit welchen Anliegen kommen Menschen zu Ihnen in die Beratung?

OR: Einer der Gründe, den fachlichen Rat einzuholen, ist oft, dass die Menschen zum Beispiel merken, dass es mit dem Angehörigen nicht so geht wie früher, dass er mehr Aufmerksamkeit braucht und mehr Pflege benötigt. Dann kommen die Ratsuchenden zu mir in die Beratung und erzählen mir von ihren Sorgen. Beim Gespräch schauen wir gemeinsam, wie wir die Situation für sie und ihren zu pflegenden Angehörigen positiv verändern

Kontrolle, ich halte es nicht mehr aus, erst dann kommen die Menschen zu mir in die Beratung.

ES: Gibt es noch weitere Hürden?

OR: Oft ist es die sprachliche Unsicherheit. Aufgrund meiner russischen Muttersprache kommen zu mir unter anderem Ratsuchende, die aus den GUS-Staaten stammen. Hier merke ich, welche große Rolle manchmal die Sprache spielen kann. Bei diesen Ratsuchenden stelle ich immer wieder fest: Wenn sie mit mir auch auf Russisch sprechen, haben sie

keine Entscheidungen aufgedrängt. Ich zeige nur die Möglichkeiten auf, um sich besser entscheiden zu können. Wenn es weitere Hilfestellungen nötig sind, gibt es diese nur mit Einverständnis der Ratsuchenden und möglichst in Kooperation mit ihren Angehörigen. Sie werden zu nichts gezwungen. Oft wissen die Menschen es nicht im Vorfeld. Manche befürchten, dass ihnen eine Heimaufnahme aufgedrängt wird. Das ist nicht der Fall. Meine Prämisse ist: So lang wie möglich sollen pflegebedürftige Menschen in den eigenen vier Wänden bleiben. Die Angehörigen sollen dabei so viel Unterstützung erfahren, dass sie

IMPRESSUM

Herausgeber:
Nürnberger Rat für Integration und
Zuwanderung (Integrationsrat)
Vorsitzender: İlhan Postalöğlu
Geschäftsleitung: Friedrich Popp
Hans-Sachs-Platz 2
90403 Nürnberg
Telefon: 0911 / 231 - 3185
Telefax: 0911 / 231 - 8516
www.integrationsrat.nuernberg.de
integrationsrat@stadt.nuernberg.de

Redaktion:
Horst Göbbel
Friedrich Popp
İlhan Postalöğlu
Cooper Thompson
Derya Yildirim

V.i.S.d.P:
Integrationsrat
Die Artikel geben die Meinung der
Verfasserinnen und Verfasser, nicht unbedingt die Meinung des Integrationsrates
wieder. Leserbriefe sind der Redaktion
willkommen.

Layout und Druck:
Layout/Satz: Mathias Otto
Foto: S. 1, Chr. Dierenbach/Presseamt
(Bild von OBM Dr. Maly)
Druck: Wiedemann & Dassow Druck
GmbH, Schwaig
Auflage: 2.500 Exemplare (Juni 2015)

Tragik und Verantwortung

Zur eigenen Geschichte stehen

Horst Göbbel

2015 jähren sich zum siebzigsten Mal das Ende der verbrecherischen nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, das Ende des Zweiten Weltkriegs wie auch die Befreiung der Konzentrationslager.

Die Tragik und Tragweite von Auschwitz, Sinnbild des singulären NS-Völkermordes an den europäischen Juden, ist kaum zu ermes-

Heute existieren in 44 Ländern in der ganzen Welt Mahnmale, Gedenkstätten, Denkmäler, Museen, Archive und spezielle Bildungseinrichtungen, die an die Opfer des Nationalsozialismus erinnern, allein in Deutschland über 260, in Bayern 21, davon Nürnberg vier: das Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände, das Leo-Katzenberger -Denkmal, das Museum „Memorium Nürnberger Prozesse“



Holocaust-Mahnmal für die ermordeten Juden Europas, Foto: Horst Göbbel

sen. Auschwitz stellt eine völlig neue Form des Bösen dar, von dem wir wünschen, wir hätten es nie erlebt.

Der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus ist in der Bundesrepublik Deutschland ein nationaler Gedenktag und wird seit 1996 am 27. Januar begangen. Am 27. Januar 1945 hatten Soldaten der Roten Armee ca. 7000 Überlebende des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau befreit. Das KZ Auschwitz (-Birkenau) steht symbolhaft für den staatlichen Völkermord (Genozid) an Millionen Juden, Sinti und Roma, an alle Opfer des Nazi-Regimes.

Die weiteren Konzentrationslager Dachau, Buchenwald, Flossenbürg, Mittelbau, Struthof, Theresienstadt, Sachsenhausen, Stutthof,



KZ's im Deutschen Reich und den besetzten Ländern, Quelle: Rudolf Berg (Hrsg.), Grundkurs Geschichte 13, Cornelsen, Berlin 1994

Mauthausen, Lublin-Majdanek, Treblinka, Chelmno, Belzec, Sobibor, Ravensbrück, Bergen-Belsen, Neuengamme und andere gehörten zu einem tödlichen Netz der staatlichen Vernichtung, der Ermordung, der Ausbeutung, der Erniedrigung. Zu den Opfern gehörten insbesondere Personen, die aus politischen, rassistischen, sozialen Gründen, aus Gründen ihres Glaubens, ihrer Weltanschauung, durch Versklavung, aufgrund ihres im nationalsozialistischen Sinne „unwerten Lebens“ bzw. aufgrund der nationalsozialistischen Rechtsbeugung durch staatliche Gewalt und Willkür zu Tode kamen, schwere gesundheitliche Schäden erlitten und ihr gesamtes Hab und Gut verloren.

sowie das Zwangsarbeiter-Mahnmal „Transit“ am Plärrer. Außerdem gibt es in Deutschland die Aktion Stolpersteine, die „Initiative Gedenkbuch“ an Schulen, Züge der Erinnerung, Ausstellungen, Projekte etc.

Ohne Wahrheit keine Versöhnung!

Die Masse der Deutschen sind sich der Verantwortung für die Verbrechen des nationalsozialistischen Unrechtsregimes bewusst. Sich mit diesem dunkelsten Teil der Geschichte Deutschlands auseinanderzusetzen und der Opfer zu gedenken, ist daher eine dauerhafte Aufgabe von gesamtstaatlicher und gesamtgesellschaftlicher Bedeutung. Der jüdische Historiker Michael Wolffsohn schreibt 1992: „Das Wissen um die jüngste deutsche Geschichte erweitert unser Wissen vom Menschen. Nicht nur vom Deutschen, vom Juden, vom Nichtjuden, sondern vom Menschen überhaupt. Mitlaufen, Wegschauen, Feigheit, Schweigen, die Diskriminierung von Minderheiten ... sind keine nationalen, keine deutschen Besonderheiten.“ Auch daraus erwächst für uns eine besondere Verantwortung auch gegenüber Menschen, die von Flucht und Vertreibung auch und besonders heute betroffen sind.

Gründliche Vergangenheitsaufarbeitung tut in vielen Ländern, bei vielen Völkern Not. Jedoch ist die Offenlegung der historischen Wahrheit sehr oft ein riesiges Problem für viele, etwa für die USA (praktische Ausrottung der Indianer). Der Anspruch der Amerikaner, die Indianer zu assimilieren, war mehr als anmaßend. Sie drangen als Einwanderer in das Land der Indianer ein und erwarteten von den Ureinwohnern Amerikas, ihre Kultur, ihre Traditionen und ihre Identität vollständig aufzugeben und das Land an die Siedler abzutreten, als hätte die europäische Lebensweise und -sicht universellen Charakter – eine Sichtweise, die der „Weiße“ bis heute nicht wirklich abgelegt hat.

Dies gilt auch für Großbritannien bezüglich seines kolonialen Erbes mit unübersehbaren Fehlentwicklungen bis in die Gegenwart, für

die lange stockende Vergangenheitsbewältigung in Japan, für Russland und zum Teil auch frühere Ostblockstaaten bzw. Jugoslawien (Bosnien), für Spanien oder Portugal mit ihrer ebenfalls auch negativen Kolonialpolitik der früheren Jahrhunderte, für Ruanda, für viele andere Staaten. Etwa für die osmanische Türkei bezüglich des Mordens an den Armeniern. 2015 jährt sich zum hundertsten Mal die Vertreibung der Armenier im Osmanischen Reich, für mich und andere Historiker einer der ersten Völkermorde des 20. Jahrhunderts. Am 24. April 2015 wurde nicht nur in Armenien der Opfer gedacht, während alle türkischen Regierungen der letzten hundert Jahre diese Tatsache nicht anerkennen.

Während des Aufstands der Herero und Nama in Deutsch-Südwestafrika (1904-1908) beging das Deutsche Reich den ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts. Vom um 1904 auf rund 80.000 bis 100.000 Personen geschätzten Hererovolk lebten 1911 nur noch 15.130 Personen. Der Völkermord in Deutsch-Südwestafrika hatte also 65.000 bis 85.000 Herero sowie etwa 10.000 Nama das Leben gekostet. Der Genozid wurde durch die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen 1948 beschlossene Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes als Völkermord anerkannt. Die Bundesregierung gibt dazu keine Stellungnahme ab. Der mangelnde Mut zur historischen Wahrheit ist oft unverständlich. „Wo es keine Erinnerung gibt, hält das Böse die Wunden offen,“ sagte dazu Papst Franziskus.

1945 - 2015 Flucht. Vertreibung. Integration

Horst Göbbel

„Migranten wissen sehr gut, wie es ist, alles hinter sich zu lassen“, schrieb Mehmet Ata in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung am 22.03.2015. Dies galt früher, dies gilt heute ebenso – für Millionen Menschen. Leider werden immer wieder insbesondere durch politische oder wirtschaftliche Umstände, durch Kriege Menschen aus ihrer Heimat vertrieben, oder sehen sich gezwungen, ihre angestammte Heimat zu verlassen und gelangen als Flüchtlinge, als Vertriebene, als Schutzsuchende in tödliche Gefahren oder in andere Länder, in andere Gebiete, wo sie sich Rettung oder zumindest neue Perspektiven erhoffen – und manchmal auch finden.

Gedenkjahr 2015

2015 jähren sich zum siebzigsten Mal die Zerstörung Nürnbergs, Dresdens, zahlreicher weiterer deutschen Städte, der Abwurf der ersten Atombomben (Hiroshima und Nagasaki), das Ende der verbrecherischen nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, das Ende des Zweiten Weltkriegs wie auch die Befreiung der Konzentrationslager. Weltweit ließen mehr als 45 Millionen Männer, Frauen und Kinder ihr Leben. Die Zerstörungen waren unermesslich. Am Kriegsende befanden sich mehr als 12 Millionen DP's (displaced persons) in Deutschland. DP's waren vor allem Zwangsarbeiter und Zwangsverschleppte der nationalsozialistischen Herrschaft, die vornehmlich aus osteuropäischen Staaten aber auch aus ganz Europa stammten. Abermillionen Menschen verloren durch Flucht, Deportation oder Vertreibung ihre Heimat.

2015 jähren sich zum siebzigsten Mal auch die Deportation von Deutschen aus Südosteuropa (u.a. Banater und Sathmarer Schwaben, Donauschwaben, Siebenbürger Sachsen, Ungarndeutsche ...) zur Zwangsarbeit in die

Abermillionen Menschen verloren durch Flucht, Deportation oder Vertreibung im 20. Jh. ihre Heimat. Gegenwärtig sind laut UNO mehr als 45 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht (davon knapp 30 Millionen Binnenvertriebene). Herkunftsländer mit den größten Flüchtlingsanteilen sind Afghanistan, Syrien, Irak, Somalia, Kongo, Kolumbien, Sudan, Eritrea, China ...

Ab 2015 begeht Deutschland den Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 20. Juni.

Leider stimmt es auch: Unrecht hat in der Geschichte oft zu neuem Unrecht geführt. Jedoch schafft früheres Unrecht, auch wenn es noch so groß war, keine rechtliche oder moralische Legitimation für neues Unrecht. Vertreibungen, Deportation, Zwangsumsiedlungen bleiben Verbrechen. Damals wie heute. Überall auf der Welt.

Unser aller Ziel bleibt Versöhnung und Verständigung, unsere Hoffnung bleibt ein friedliches Europa, eine friedliche Welt. Heute noch immer leider in vielen Fällen nur ein Wunsch: siehe Ukraine, siehe Syrien, Irak, Pakistan, IS-Staat, siehe Terroranschläge gegen Unschuldige.

Erniedrigungen und Entbehrungen dem Vergessen entreißen als Mahnung zum Frieden, bleibt Aufgabe. Rechtzeitig mahnen, sich rechtzeitig wehren, wenn Menschenrechte mit Füßen getreten werden – ist auch unser Auftrag.

Sowjetunion, wo die Deutschen aus Russland schon seit 1941, als Nazideutschland die UdSSR angriff, in zentralasiatische Gebiete und nach Sibirien zwangsevakuiert worden waren. Hunger, Leid, Unrecht, Tod und breitangelegte Diskriminierung erfuhren die Deportierten fern ihrer Heimat.

2015 jährt sich zum siebzigsten Mal der Beginn der Vertreibung und die erzwungene Auswanderung großer Teile der dort ansässigen deutschsprachigen Bevölkerung aus den deutschen Ostgebieten und Deutscher aus Mittel- und Osteuropa nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Konferenz der Siegermächte in Potsdam (Juli-August 1945). Die Flucht im Osten des Reichsgebietes hatte schon 1944 begonnen. Betroffen waren von diesen Vorgängen ca. 14 Millionen Deutsche



Vertreibung der deutschen Bevölkerung 1945 als Folge des Krieges

Fortsetzung von Seite 4

(Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Sudentendeutsche, Schlesier, ...). Sie war eine Folge der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und Kriegsverbrechen. Es wird angenommen, dass in diesem Zusammenhang etwa 2 Millionen Deutsche umkamen.

Flucht, Vertreibung, Deportation der Deutschen stehen im Kontext der diabolischen nationalsozialistischen Expansions-, Vernichtungs- und Lebensraumpolitik und ihrer Fol-

Herrgott, schick das Gesindel heim“. Dieses Schmähebet kursierte 1946/47 in Waiblingen und Aalen. Der Historiker Andreas Kossert spricht von der „Kalten Heimat“.

Dennoch verdankt die Bundesrepublik den unwillkommenen Zuwanderern einen wesentlichen Teil jener Modernisierung, auf die heute jeder Deutsche stolz sein kann und sein sollte. Das Wirtschaftswunder im Westen der 1950er-Jahre ist ohne den substantiellen Bei-

willkürliche Festnahmen, Folter, Misshandlungen, Entwurzelung, Brandstiftungen in Asylbewerberheimen, Ausländerhass, rassistische Verbrechen gegen Zugewanderte usw. erreichen.

„Flüchtlinge - Masseneinreise aus dem Kosovo - Länder schlagen Alarm“ (www.sueddeutsche.de - 10.02.2015), „Innenministerkonferenz: EU-Lager für Flüchtlinge in Nordafrika?“ (www.proasyl.de - 12.03.2015) „Flüchtlingsschwellen - Länder erwarten eine halbe Million Asylanträge“, „Länder verlangen realistische Planungsgrundlage“ (www.br.de - 22.03.2015) ... Schon am 29.04.2013 schrieb die Berliner Morgenpost: „Rechtsextremismus - Angriffe auf Ausländer haben in Deutschland stark zugenommen“, die Deutsche Welle meldet am 6. März 2014: „Rechtsextremismus - Angriffe auf Asylbewerberheime nehmen zu“. 12. Dezember 2014: Im mittelfränkischen Vorr in Bayern stecken mutmaßlich rechtsextreme Täter einen umgebauten Gasthof mit Scheune und ein renoviertes Wohnhaus für Flüchtlinge in Brand. Die Migrationsbeauftragte der Bundesregierung Aydan Özoğuz klagt über Drohungen und Hassbriefe. Regelmäßig lese sie Botschaften wie: „Du gehörst am nächsten Baum aufgehängt“ (Spiegel, 12.04.2015).

Der Brandanschlag auf eine noch nicht bezogene Asylbewerberunterkunft am 4. April 2015 in Tröglitz in Sachsen-Anhalt hat über Deutschland hinaus Entsetzen hervorgerufen. „Europarat sieht Atmosphäre von ‚Hass und Intoleranz‘ in Europa“ (FAZ, 07.04.2015) Erinnert wurden wir schmerzhaft an die Serie von ausländerfeindlichen Ausschreitungen zu Anfang der 1990er Jahre in Deutschland (z. B. Hoyerswerda 1991, Rostock-Lichtenhagen 1992, Mordanschlag von Mölln 1992, Brandanschlag von Solingen 1993 ...) oder an die unfassbare NSU-Mordserie zwischen 2000 und 2007.

In einem Kommentar in der FAZ vom 07.04.2015 schreibt Jasper von Altenbockum u.a.: „Jedem, der Verantwortung trägt, ob in Berlin, in den Ländern oder in Ortschaften wie Tröglitz, sollte bewusst sein, worum es dabei geht, nämlich um die Gefahr, dass sich Verbrechen wiederholen, die vor zwanzig Jahren in Deutschland begangen wurden und wie ein Flächenbrand um sich griffen. ... Die deutsche Gesellschaft und Politik von heute sind nicht mehr die von damals. Sie haben bittere, aber auch gute Erfahrungen gesammelt.“ Günter Burkhardt, Geschäftsführer von „Pro Asyl“, beschrieb am Osterwochenende die Gefahr einer Überforderung der Bevölkerung, „wenn etwa ein kleiner Ort über Nacht damit



Nürnberg wehrt sich gegen Neonazi-Aufmärsche, Foto: Friedrich Popp

konfrontiert wird, dass eine hohe Zahl von Flüchtlingen kommt“. Die Ängste, die dann entstehen, seien durchaus nachvollziehbar.

Noch vor der Flüchtlingskatastrophe vom 19. April 2015, bei der etwa 900 Menschen im Mittelmeer starben, titelte Der Spiegel am 11.02.2015: „Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer: Europas tödliches Versagen. ... Die EU nimmt Tote in Kauf, um Migranten abzuschrecken.“ OBM Dr. Maly meldete sich früh zu Wort: „Maly fordert Flüchtlingsgipfel“ (NN, 13.04.2015). Bei t-online.de, dpa, AFP hieß es im Presse-Echo am 21.04.2015: „Europa macht sich zum ‚Komplizen gewissloser Schlepper‘“, zugleich im Spiegel: „EU-Flüchtlingspolitik: Neue Strategie, bekannte Inhalte: Besserer Grenzschutz, Kampf gegen Menschenhändler: Die EU-Kommission will ihre Flüchtlingspolitik überarbeiten“.

„EU-Sondergipfel berät über Flüchtlingskatastrophen im Mittelmeer“ (SZ 23. April 2015), „Flüchtlingsgipfel: EU verdreifacht Seenothilfe im Mittelmeer EU ringt in Brüssel im Lösungen - Ist die Zeit der leeren Worte vorbei?“ (www.nordbayern.de - 23.04.2015), „Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer: Mehr Geld, mehr Schiffe: EU weitet Seenotrettung aus“ (Stern, 24. April 2015), „Bewaffnete Milizen unter verschiedenen Bannern bekämpfen sich gegenseitig, sie schlachten unschuldige Menschen ab und schicken Tausende von verzweiferten Flüchtlingen übers Mittelmeer ... Die Europäer müssen aus moralischen und sicherheitspolitischen Gründen diesen Horror beenden.“ (24.04.2015, Le Figaro - Frankreich).



Die Westverschiebung Polens 1945, Quelle: Rudolf Berg (Hrsg.), Grundkurs Geschichte 13, Cornelsen, Berlin 1994

gen. Der Flucht und Vertreibung von Deutschen ging die Massendeportation und die Ermordung von unzähligen Menschen in den im Zweiten Weltkrieg von der Wehrmacht eroberten Gebieten voraus.

Es mahnen uns: das System von Konzentrations- und Vernichtungslagern, die Ermordung von sechs Millionen Juden, etwa einer halben Million Sinti und Roma, die in die Millionen gehenden Opfer unter der Zivilbevölkerung Polens, der Ukraine, Weißrusslands und Russlands, der grausame Besatzungsterror, der Hungertod von Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen sowie die Errichtung eines Systems von Zwangsarbeit. Im August 1944 z.B. waren 5,7 Mio. ausländische Zivilarbeiter, 1,9 Mio. Kriegsgefangene und etwa 500.000 KZ-Häftlinge im Deutschen Reich registriert.

Integration in Deutschland nach 1945

Humanitär gesehen, ging es zunächst darum, das Überleben der Vertriebenen angesichts des schweren Mangels an Nahrung, Wohnraum und Kleidung zu sichern. Dies ist weitgehend gelungen, obwohl sie in ein besiegtes, zerstörtes, am Nullpunkt angelangtes Land kamen. Die wirtschaftliche und soziale Integration der Vertriebenen in die beiden deutschen Staaten vollzog sich in einem jahrzehntelangen schwierigen Prozess. Es kam weder im Westen noch im Osten Deutschlands zu einer reibungslosen, schmerzfreien und harmonischen Integration der Flüchtlinge.

Bei der Ankunft im „Westen“ waren sie teils mit Verachtung konfrontiert, oft einfach als Polacken, als Flüchtlingspack, beschimpft. Für die furchtbaren Erlebnisse der Flüchtlinge wie Misshandlungen und Vergewaltigungen interessierte sich niemand. Viele Vertriebene mussten im Westen mit wüsten Anfeindungen und Rassismus leben. „Viele Vertriebene traf im Westen nur blanker Hass“ schreibt Sven Felix Kellerhoff in „Die Welt“ am 19.05.2008. Ganz und gar unchristlich habe man kurz nach dem Zweiten Weltkrieg in Schwaben gebetet: „Herrgott im Himmel, sieh unsere Not / wir Bauern haben kein Fett und kein Brot / Flüchtlinge fressen sich dick und fett / und stehlen uns unser letztes Bett / Wir verhungern und leiden große Pein /

trag der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen kaum erklärbar. Bundespräsident Johannes Rau betonte in seiner „Berliner Rede“ im Juli 2000: „Diese letztlich erfolgreiche Integration war am Anfang alles andere als leicht, obwohl Deutsche nach Deutschland kamen. Viele werden nicht vergessen, auf wie viel Ablehnung sie nicht nur in Dörfern und Kleinstädten gestoßen sind – obwohl sie schwerstes Leid getragen hatten, obwohl sie dieselbe deutsche Sprache sprachen, obwohl sie zur gleichen Kultur gehörten, oft sogar zur selben Konfession wie ihre neuen Mitbürger.“

Heute – 70 Jahre später

Waren es vor 70 Jahren am und nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges auch Millionen Deutsche, die durch Flucht, Vertreibung, Deportation Hilfe benötigten, so sind es heute in erster Linie Nichtdeutsche, die von Flucht, von Vertreibung betroffen sind und auch bei uns eine sichere Bleibe und Zukunft suchen.

In unserer multimedialen Welt überstürzen sich diverse Nachrichten täglich, stündlich. Eine Konstante scheint das Thema Migration mit all ihren oft negativen Facetten einzunehmen – wohl auch weil uns in diesem Zusammenhang Tag für Tag verstörende Nachrichten über gewaltsame Vertreibungen von Minderheiten, massenhafte Freiheitsberaubung,



Dramatische Bilder erreichen uns von den hilfsbedürftigen Flüchtlingen aus Nordafrika, Quelle: SPD Bundestagsfraktion

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

Migration und Integration heute

Angesichts dieser verstörenden Meldungen stellt sich auch die Frage, ob Integration überhaupt noch stattfinden kann? Das Gelingen von Integration ist ja nach wie vor eine der wichtigsten Herausforderungen der Zukunft. Ralph Peters titelt am 28.04.2015 im Spiegel: „Bevölkerungsentwicklung: Deutschland schrumpft dank Zuwanderern weniger schnell“. Gelungene Integration setzt nicht nur die Bereitschaft der Menschen mit Migrationshintergrund zur Integration voraus, sondern auch eine integrationswillige Aufnahmegesellschaft. Der Nürnberger Integrationsrat sieht Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe (Erklärung vom 25.10.2010). Menschen mit Migrationshintergrund sind längst ein selbstverständlicher Teil der deutschen Gesellschaft. Integration ist eine Einigung auf gemeinsame Werte und Normen, Integration ist keine Assimilation. Integration ist Zusammenleben in Vielfalt. Wir wünschen nicht nur Toleranz, sondern eine Akzeptanz auf gleicher Augenhöhe. Integration bedeutet Respekt vor den Menschen in der aufnehmenden Gesellschaft. Gelungene Integration entscheidet über die Zukunftsfähigkeit Deutschlands.

Der Integrationsrat wünscht sich eine Willkommenskultur in Deutschland. Wir wenden uns gegen jede Art von integrationsbehindernder Ausgrenzung, gegen Rassismus und Diskriminierung. Jedes einzelne Individuum trägt Verantwortung für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung. Deshalb wäre es wünschenswert, wenn die Menschenwürde im Mittelpunkt der Politik stünde. Die Dynamik des unumkehrbaren demografischen Wandels in Deutschland (wir werden älter, weniger, bunter) verlangt weitere Zuwanderung nach Deutschland. Von der Politik erwarten wir intelligente Lösungen in Fragen der Integration.

Nürnberg ist bunt

Nürnberg hat vor dem Hintergrund seiner Geschichte in der Zeit des Nationalsozialismus und der daraus abgeleiteten Selbstverpflichtung als „Stadt der Menschenrechte“ unmittelbaren Anlass, das Thema Menschenrechte und Integration auch im Alltag der Stadt umzusetzen.

Die Stadt Nürnberg verzeichnet seit Beginn des neuen Jahrtausends eine positive Bevölkerungsentwicklung, die vorwiegend auf Zuwanderung basiert. Der Integrationsrat repräsentiert rund 200.000 Menschen mit Migrationshintergrund (Ausländer, Aussiedler, Eingebürgerte), die in Nürnberg leben, das sind 2013 ca. 40% aller Nürnbergerinnen und Nürnberger. Der größere Teil (etwa 23 %, ca. 110.000) sind Deutsche mit Migrations-

hintergrund (deutsche Vertriebene bzw. deren Nachkommen, Eingebürgerte, zugewanderte Aussiedler bzw. Spätaussiedler sowie in Deutschland geborene Kinder von Zugewanderten). Etwa 17 % (ca. 86.000 Personen) besitzen nicht die deutsche Staatsangehörigkeit und stammen aus fast 160 Ländern. Hier sind die größten Gruppen aus der Türkei (ca. 20.000), Griechenland (ca. 10.000), Italien (ca. 6.000), Rumänien (ca. 6.000), Polen (ca. 5.500), Ukraine (ca. 4.500), Russland (ca. 3.500), Kroatien (ca. 3.500), Bosnien und Herzegowina (ca. 3.000), Serbien (ca. 2.700), Bulgarien (ca. 2.500) ...

Als integrationspolitische Ziele formulierte die Stadt schon 2004 u.a.: Integration ist zentrales Thema der Kommunalpolitik, Orientierung an der Lebenslage, nicht an ethnischen Merkmalen oder an der Staatsangehörigkeit, Angebote unabhängig von der Aufenthaltsdauer, „4 Säulen-Prinzip“ der Integration (sprachliche Integration, gesellschaftliche Integration, berufliche Integration, soziale Beratung und Betreuung), Integration als wechselseitiger Prozess (gegenseitige Akzeptanz und Toleranz sowie interkultureller Dialog), Wertschätzung kultureller Vielfalt, gleichberechtigte Teilhabe an allen städtischen Angeboten und Leistungen, interkulturelle Öffnung und Kompetenz, breite Beteiligung am Integrationsprozess, Unterstützung nichtstädtischer Akteure, Menschenrechte als Maßstab, Verknüpfung der Querschnittsthemen, Zusammenarbeit mit Land und Bund.

In Nürnberg gibt es eine große Anzahl städtischer Gremien bzw. gesellschaftlicher Initiativen, die die Integration befördern (z.B. „Kordinierungsgruppe Integration“, Kommission für Integration, Kampagne „Nürnberg ist bunt“, „Nürnberger Netzwerk Integration“, Quapo, AWO, Caritas, Stadtmission, Initiative „Nürnberg hält zusammen“, Haus der Heimat, Interkultureller Preis, Interkulturelle Wochen, Nürnberger Integrationskonferenz, Nürnberger Menschenrechtsbüro, Antidiskriminierungsstelle, Bundesprogramme „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ und „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“, Projekt „Bleib“, Sprach- und Integrationskurse, Seniorennetzwerke, vielfältige Bildungsangebote, Anlauf-, Informations-, Beratungs- und Lotsenstellen für Familien, Jugendliche, Senioren etc.

„Nürnberg hält zusammen“: Unter diesem Leitgedanken finden zahlreiche Veranstaltungen unterschiedlicher Einrichtungen und Organisationen im ganzen Jahr 2015 statt.

Der Präsident des Deutschen Städtetages,



Nürnbergers Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, forderte gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, die Kommunen von den Kosten für Unterbringung, ärztliche Versorgung und soziale Dienste zu entlasten. Zwar gebe es, „erste Verbesserungen und Zusagen“. Aber „vom Bund erwarten die Städte, dass er sich auf Dauer an der Finanzierung der Aufnahme von Flüchtlingen beteiligt“, sagte Maly (F.A.S. 14.03.2015).

Lösungsansätze?

Im Beitrag „HURRA – Es ist gut, dass so viele Kosovaren zu uns wollen. Jetzt ist es Zeit für deutschsprachige Schulen im Kosovo“ (FAS, 22.02.2015, S. 10) stellen Michael Martens und Rupert Neudeck überzeugend dar, wie der angebliche und tatsächliche Fachkräftemangel in Jobs, die schlecht bezahlt oder aus anderen Gründen unattraktiv sind, in der Krankenpflege etwa (Schichtarbeit, hohe körperliche Anforderungen, karger Verdienst) durch zugewanderte Kosovaren behoben werden könnte: „Die Wirtschaftsflüchtlinge aus dem Kosovo sind kein Risiko, sondern eine Chance für uns. Sie wollen zwar in unser Sozialsystem einwandern: aber als Krankenschwestern, Altenpfleger, Notarztwagenfahrer. Die Mehrheit der Kosovo-Albaner, die jetzt zu uns kommen (Roma leider partiell ausgenommen), streben mit dem machtvollen Ehrgeiz von Underdogs nach gesellschaftlichem Aufstieg. Sie wollen ihre Familie ernähren und anständig leben. Nicht mehr, nicht weniger. ... Allerdings müssen wir dafür etwas investieren. Das Arbeitsministerium warnte unlängst, die Anwerbung ausländischer Fachkräfte scheitere oft an der Sprachbarriere. Abhilfe ließe sich leicht schaffen durch die Gründung von mehr deutschsprachigen Schulen in Osteuropa ...“

Auf der 4. Nürnberger Integrationskonferenz („Nürnberg ist bunt“) am 11.10.2014 wiederholte OB Dr. Ulrich Maly sein bekanntes Credo, für das er vielfältig seit seiner ersten Wahl zum Oberbürgermeister 2002 – seitdem ist Integration in Nürnberg Chefsache – eintritt und die solidarische Stadtgemeinschaft vorantreibt: „Integration ist keine einseitige Anpassungsleistung von Menschen mit Migrationshintergrund sondern verlangt allen in der Stadt lebenden Menschen Annäherungsprozesse, das Eintreten für gegenseitige Akzeptanz und Toleranz sowie das Engagement gegen alle Arten von Rassismus und Diskriminierung...“ Am 16. April sprach BAMF-Chef Dr. Manfred Schmidt in Nürnberg auf der

Konferenz zum 10jährigen Inkrafttreten der aktuellen Zuwanderungsgesetzgebung (der Name „Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration“ verrät deutlich, worum es damals ging) klar aus, dass es um mehr als die Zugewanderten geht: „Wir wollen nun aber die Gesellschaft als Ganzes ansprechen und begeistern“, was Aydan Özoğus, die Migrationsbeauftragte der Bundesregierung sehr deutlich verstärkte, als sie bemerkte: „Wir brauchen integrative Politik für 81 Millionen in diesem Land.“

Zaghafte Schritte zur Willkommenskultur gibt es immer wieder. Auch wenn die Zahl der Flüchtlinge wächst, was viele bewegt, ist doch die aggressive Ablehnung, wie noch vor 20 Jahren, kaum zu spüren (Dr. Thomas Petersen, FAZ, 21.05.2015).

Eine Stimme mit Gewicht

Navid Kermani, iranischer Orientalist und Schriftsteller (er lebt in Köln), schreibt am 22.04.2015 in der FAZ unter dem Titel „Warum Europa uns jetzt braucht“. „Das Mittelmeer ist zum Massengrab geworden. Will die Mehrheit der Deutschen noch länger zusehen, wie mit den Flüchtlingen die europäische Idee in den Fluten versinkt?“ Umfassend erinnert er an bisherige Tragödien und fasst zusammen: „Die Ankündigungen (der EU-Politik) sind seither immer dieselben: Schlepperbanden bekämpfen, die Seenotrettung ausbauen, Fluchtursachen beseitigen, das europäische Asylrecht vereinheitlichen. Geschehen ist: das Gegenteil. Die Opferzahlen steigen sogar von Jahr zu Jahr, so dass Experten inzwischen von mehreren Zehntausenden Flüchtlingen ausgehen, die im Mittelmeer ertrunken sind.“

Kermani stellt deutliche Fragen und antwortet darauf. „Schlepper? Richtig, es sind zumeist skrupellose Verbrecher, wenn nicht Mörder, und man muss sie zur Rechenschaft ziehen; aber es wird sie geben, solange Menschen keine legale Möglichkeit haben, vor Elend, Unterdrückung und Tod zu fliehen. ... Fluchtursachen? Europa ist nicht für alles Elend in der Welt verantwortlich, ... Die Hauptursache für den aktuellen Anstieg der Flüchtlingszahlen ist der Zerfall der staatlichen Ordnung in Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens. Europa hat diesen Verfall nicht etwa aufgehalten, sondern selbst befördert, indem es über Jahrzehnte und noch inmitten der arabischen Aufstände skrupellose Tyrannen massiv unterstützte. ...“ Kermani bleibt nicht im Bereich Anklage und Kritik. Er weiß, dass die Mehrheit der Zugewanderten und eine breite Masse der einheimischen Deutschen inzwischen auch Integrationserfolge vorzuweisen haben.

„Aber wenn ich jetzt auf die vergangenen zehn Jahre blicke, hat sich doch etwas verändert: das öffentliche Bewusstsein. Ich kann das stellvertretend für Köln sagen: Wo immer ein Flüchtlingsheim errichtet wird, bildet sich sofort eine Bürgerinitiative nicht etwa gegen, sondern für die Flüchtlinge! Aus anderen Städten höre ich Ähnliches. Richtig, die Ausländerfeinde haben an Zulauf und vor allem an Aufmerksamkeit gewonnen. Aber noch viel mehr sind diejenigen geworden, die nicht mehr ertragen, dass Tag für Tag Flüchtlinge ertrinken, verdursten oder verbluten, interniert, geschlagen oder beleidigt werden, nur weil sie von ihrem Menschenrecht auf ein würdiges Leben Gebrauch gemacht haben. ...“ Seine Schlussfolgerungen zu den positiven Beispielen sind in Nürnberg seit Jahren ein Faktum.

Horst Göbbel ist Mitglied im erweiterten Vorstand des Integrationsrates



„Fest der Vielfalt“ auf der Wöhrder Wiese in Nürnberg, Foto: İlhan Postaloglu

Soziokulturelle Fragen zur afrikanischen Herkunft

Drei kleine Lebensbiographien

Tschibanda Muteba



Tschibanda Muteba, Foto: Friedrich Popp

Katarina*)

„Ich bin in einer Musikerfamilie geboren“, erzählt eine afroamerikanische Musikerin. „Sehr jung begann meine Mutter eine musikalische Karriere in den USA. Auch ich begann sehr jung mit Musik. Da meine Mutter sich wegen ihrer musikalischen Karriere nicht um mich kümmern konnte, war es meine Tante, die sich um mich kümmerte. Da diese sehr religiös war, hat auch meine musikalische Berufung in der Kirche begonnen. Meine Mutter arbeitete mit großen Musikern zusammen, so bekam auch ich einen Zugang zur großen Musikszene. Aber mein Leben hatte zu viele Höhen und Tiefen. Der Drogenmissbrauch warf mich aus der Bahn. Ein Musikmanger nahm mich glücklicherweise zu einer musikalischen Reise nach Europa mit. Die Musik war damals meine Rettung. Aus Angst zu fallen und wieder Drogen zu konsumieren, blieb ich in Deutschland. Hier in Deutschland gibt es keine echten Ghettos, aber die Ghettos entstehen in den Köpfen der Menschen.“

Auch die ablehnende Haltung eines großen Teils der Bevölkerung, die durch politische Demagogie noch verstärkt wird, schmeißt die Minderheiten genauso mental ins Ghetto. Und dies ist noch schlimmer, da wir in unseren Gedanken die Welt konstruieren.

Hawa*)

Die Geschichte einer Afrikanerin in Bayern wird in diesen folgenden Zeilen erzählt. Hawa heiratete als 25jährige aus Liebe einen autochthonen Deutschen. Die beiden hatten sich in Ostafrika kennen gelernt, als der junge Deutsche dort für einige Monate als Austauschstudent der Medizin in einem Krankenhaus ein Praktikum machte. Hawa war in diesem Krankenhaus Krankenschwester. In Deutschland lernte sie schnell Deutsch, zu Hause erzog sie den gemeinsamen Sohn. Ihren Beruf übte sie nicht mehr aus. Trotz ihrer Bereitschaft, sich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren, war nichts leicht für sie. Ihr deutscher Ehemann verließ sie nach wenigen Jahren. Er kümmerte sich auch nicht weiter um seinen Sohn. Alleine gelassen musste sie Hindernisse verschiedenster Art durchstehen. Mit der richtigen Erziehung ihres Sohnes stieß sie an ihre Grenzen. Ohne väterliches Vorbild entglitt der Sohn, wurde depressiv und aggressiv und kam auf die schiefe Bahn. Heute sitzt er im Gefängnis.

Julia*)

Das Leben der Deutschen afrikanischer Herkunft ist nicht ohne Diskriminierung. Die

meisten Betroffene sind gerade Frauen, vor allem afrodeutsche Frauen, die in den sechziger Jahren in Deutschland geboren sind. Hier die Geschichte einer Frau, die sich an das, was mit ihrer Familie passiert ist, noch heute erinnert:

„Die Familie meiner deutschen Mutter ist nicht schlecht. Mein Bruder und ich sind vom gleichen afrikanischen Vater. Jedoch hat mein Vater unsere Mutter und uns Kinder verlassen. So ist seine Person eine unbekannte Figur für uns geblieben. Wegen der Trennung meiner Eltern war meine Mutter sehr betroffen, der Sinn des Lebens war weg und sie musste sich in psychologisch-ärztliche Behandlung begeben. Damit war es ihr unmöglich geworden, uns zu erziehen. Die Familie meiner Mutter hatte kein Interesse an uns afrodeutschen Kindern, schließlich sind wir beide nicht blond. So kamen wir in Vormundschaft. Mein Bruder hatte Glück im Unglück und kam in eine gute Familie, während das Schicksal mich in einem Heim für verlassene Kinder aufwachsen ließ. Mein Bruder konnte sogar die Schule abzuschließen und eine Berufskarriere im Gesundheitsbereich beginnen, ich jedoch schaffte weder einen richtigen schulischen noch beruflichen Abschluss. Ich weiß nicht, was passiert war, dass mein Vater es soweit kommen ließ und die Familie verlassen hatte. Er hatte ein abgeschlossenes Studium und arbeitete auch in Deutschland. Vor einigen Jahren habe ich meine Halbschwester kennen gelernt, sie scheint, so wie ich es erlebt habe, noch tiefer als ich gefallen zu sein.“

Fälle wie diese, gibt es mehrere. Obwohl diese Menschen monokulturell Deutsche sind, sind es keine sogenannten typischen Deutschen. Warum hat die mütterliche Familie die afrodeutschen Kinder nicht mit dem ganzen Herzen annehmen können? Fälle wie die oben genannten sind nicht mehr zu zählen. Das größte Unglück dieser anderen Deutschen ist, dass sie sich von allen anderen durch ihr Aussehen unterscheiden. Dies ist meines Erachtens ein besonderer biologischer Rassismus. In der deutschen Geschichte wurden vor allem Menschen mit anderer Herkunft, Aussehen und Religion ausgegrenzt, wie man am Antisemitismus, Antiziganismus und heute am Antiafrikanismus (oder Rassismus Anti-Schwarz) sehen kann.

Hinzu kommt, dass viele dieser anderen Deutschen auch sozial am Rande der Gesellschaft stehen und kaum ökonomische Selbstverteidigungsmittel wie Geld und Beziehungen haben. Das Ignorieren dieser sozialen Probleme scheint eine einfache Sache für Leute zu sein, die selbst nur einfache Wahrnehmungsmuster haben.

Für afrodeutsche Menschen kommen oft mehrere Ausgrenzungsmechanismen zusammen, sie sind ökonomisch und sozial in der Unterschicht angesiedelt, haben keine ausreichenden beruflichen Perspektiven und sie werden – insbesondere als Afrodeutsche – auf Grund ihrer Herkunft und ihres Aussehens diskriminiert und benachteiligt. Diese Menschen sind meist in einem Teufelskreis gefangen.

Diese drei kleinen Geschichten erzählen zwar nur die Lebensbiographien von drei Menschen mit afrikanischem Vordergrund. Aber sie zeigen besondere Formen der Diskriminierungen auf, die auch andere sichtbare Minderheiten (z.B. Roma, Afrikaner, Asiaten, Südamerikaner etc.) betreffen. Daher brauchen diese Menschen Empowerment, dazu ist die gesamte Gesellschaft aufgerufen.

Tschibanda Muteba ist Mitglied des erweiterten Vorstandes des Integrationsrates

*) Name vom Autor geändert

Willkommenskultur im Stadtteil Gartenstadt

Inge Spiegel

Alle zwei Jahre untersucht die Universität Leipzig in ihrer „Mitte“-Studie, wie verbreitet rechtsextreme Einstellungen in den deutschen Ländern sind.

Für Bayern sind die Ergebnisse besorgniserregend: Jeder Dritte (33,1 Prozent) hier teilt ausländerfeindliche Einstellungen, jeder Achte (12,6 Prozent) stimmt antisemitischen Aussagen zu. Damit sind ausländerfeindliche und antisemitische Einstellungen in Bayern so weit verbreitet wie in fast keinem anderen Bundesland. Soweit die Ergebnisse dieser Studie, die am 6. April in der Süddeutschen Zeitung zu lesen waren.

Gleichzeitig gibt es auch Erfolgsgeschichten von den 66,9 Prozent der Menschen, die nicht ausländerfeindlich eingestellt sind, Menschen, die sich unter anderem für Flüchtlinge einsetzen und denen eine Willkommenskultur wichtig ist. Exemplarisch soll hier vom Engagement im Stadtteil Gartenstadt berichtet werden, wo im Sommer 2014 ca. 90 Flüchtlinge in eine neue Gemeinschaftsunterkunft gezogen sind.

Während der Einzugsphase wurde die zuständige Sozialarbeiterin der Stadtmission vom

gemausert. Möbel, Haushaltsgegenstände und Fahrräder werden vermittelt.

Gemeinsame Feste werden geplant und durchgeführt. So gab es beispielsweise im März einen „Äthiopischen Abend“, eine gemeinsame Veranstaltung von Flüchtlingen und der Kirchengemeinde. Es war ein Treffen auf Augenhöhe, wo das gegenseitige Kennlernen, gemeinsames Essen und natürlich eine äthiopische Kaffeezeremonie nicht fehlen durften.

Kurz darauf haben Kinder der Kettlerschule zusammen mit Kindern der Gemeinschaftsunterkunft gemalt und ein gemeinsames Kunstwerk geschaffen. So kann es auch gehen und wir dürfen uns von den 33,1 Prozent der Menschen mit ausländerfeindlichen Einstellungen nicht bremsen lassen, sondern müssen stetig und mit Ausdauer daran arbeiten, Menschen, die neu zu uns kommen, aufzunehmen und sie mit Würde und Respekt zu behandeln.

Denn eines dürfte sicher sein, niemand verlässt sein Heimatland aus freien Stücken. Eine Teilnehmerin beschreibt die Begegnungen so: „Ich hatte auch Berührungsängste.“



Willkommenskultur braucht Pflege, insbesondere in der Freizeit, Foto: Privatarchiv Inge Spiegel

Bunten Tisch Gartenstadt und der Evangelischen Kirchengemeinde Emmaus eingeladen. Es ging darum, Infos zu bekommen. Welche Menschen sind dort eingezogen? Woher kommen sie? Was brauchen diese Menschen? Welche Unterstützung ist sinnvoll?

Die Zusammenarbeit zwischen der Sozialarbeiterin und den Einrichtungen ist sehr wichtig, damit Angebote auch einen tatsächlichen Bedarf decken und nicht ins Leere laufen.

So gibt es mittlerweile einmal im Monat ein Café Asyl im Kulturladen Gartenstadt. Örtliche Vereine haben Flüchtlinge aufgenommen, so wird zusammen Sport gemacht, genäht und gebastelt. Auf diese Weise entstanden neue Vorhänge für den Gemeinschaftsraum in der Unterkunft. Die Evangelische Kirchengemeinde bietet einmal in der Woche ein Frauencafé an. Dies hat sich zu einer Art Kontaktbörse

Was sind das für Leute? Was soll ich reden? Welche Sprache sprechen die? Doch bei den Treffen kommt man in Kontakt, mein verschüttetes Englisch wird reaktiviert. Meine Mutter war auch ein Flüchtling und das Land war damals nicht so gut organisiert wie heute. Seit dem persönlichen Kontakt mit den Flüchtlingen habe ich einen neuen Blick auf das Thema gewonnen. Ich mache mir ganz andere Gedanken als früher.“

Inge Spiegel ist Mitglied im Menschenrechtszentrum

Das Gesicht der Vergangenheit:

Die Ausstellung VERDRÄNGTE BILDER widmet sich Erinnerungen jüdischer Neubürger Nürnbergs an Krieg und Holocaust

Lilia Antipow



Ausstellungseröffnung mit Wera und Iossif Jessakow sowie Zeitzeuge Jakow Kamenezki, Foto: Lilia Antipow

Die Ausstellung VERDRÄNGTE BILDER: JÜDISCHE NEUBÜRGER NÜRNBERGS ERINNERN SICH AN KRIEG UND HOLOCAUST, die vom 2. bis 31. März im Internationalen Haus der Stadt Nürnberg stattfand, erzählt von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion, die seit Anfang der 1990er Jahre in der fränkischen Metropole leben. Ihre Grundlage bilden Recherchen und Interviews von Wera und Iossif Jessakow. 2012 bis 2014 befragten sie etwa 100 jüdische Menschen in der fränkischen Metropole, die Krieg und Holocaust auf dem Territorium der Sowjetunion erlebt hatten. Dieses ehrenamtliche Erinnerungsprojekt, an dem auch Mitarbeiter des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte mit dem Schwerpunkt der Geschichte Osteuropas der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Lilia Antipow und Philipp Winkler, und das Amt für internationale Beziehungen der Stadt Nürnberg beteiligt waren, betrat Neuland: Ein vergleichbares Vorhaben, das sich den Juden aus der ehemaligen Sowjetunion widmet, gab es in Nürnberg vorher nicht.

In der Ausstellung werden zwanzig Einzelschicksale der jüdischen Neubürger Nürnbergs präsentiert, um an ihrem Beispiel vom Leben und Überleben in Krieg und Holocaust zu berichten. Die Ausstellung setzt sich mit der textuellen wie mit der fotografischen Erinnerung der Überlebenden und Zeitzeugen auseinander. In vier große Themenbereiche – „Front“, „Blockade“, „Ghettos und Konzentrationslager“ und „Hinterland“ – untergliedert, portraitiert sie auf zwanzig Einzeltafeln jüdische Kriegsteilnehmer, Überlebende der Ghettos und Konzentrationslager und der Leningrader Blockade sowie „Kämpfer an

der Arbeitsfront“ im sowjetischen Hinterland. Jede Tafel ist einer Person gewidmet. Vier Tafeln bieten historische Hintergrundinformationen zu den einzelnen Themenbereichen.

Die Ausstellung will nicht nur emotional ansprechen. Sie will auch einen Beitrag gegen das Vergessen, einen Beitrag zur kollektiven Erinnerung an den Kampf und das Leiden jüdischer Menschen in den Jahren des Zweiten Weltkrieges und des Holocaust leisten.

Wer die jüdische Geschichte in der Sowjetunion seit 1948 kennt, weiß um deren Problematik. Der Aufstieg des Sowjetpatriotismus als Mobilisierungs- und Integrationsideologie des stalinistischen Staates, die damit einhergehende russozentrische Wende in der Innenpolitik während des Krieges, der politische Antisemitismus und der Kampf gegen den „jüdischen bourgeoisen Nationalismus“ seit 1948/49 führten zur Tabuisierung des Holocaust und der Rolle der Juden im Kampf gegen den Nationalismus in der sowjetischen Öffentlichkeit. Ein Bestandteil dieser Auslöschung der jüdischen Kämpfer und Opfer aus dem kulturellen und kommunikativen Gedächtnis der sowjetischen Gesellschaft war die Tabuisierung der Zeugenschaft. Jüdische Kriegsteilnehmer und Opfer des Holocaust hatten so gut wie keine Gelegenheit, ihre Erlebnisse als Juden in Form von öffentlichen Auftritten, Begegnungen mit Menschen aus der Nachkriegsgeneration oder Interviews mitzuteilen. Viele von ihnen haben diese Welt verlassen, ohne ein Wort darüber verloren zu haben.

Die politische Wende in der Sowjetunion unter Michail Gorbatschow setzte dieser Entwicklung ein Ende. Die Ausstellung VERDRÄNGTE BILDER ist in der Kontinuität der seitdem erfolgten Publikationen, Dokumentationen und Aktivitäten zu sehen. In bewusster Abgrenzung vom sowjetischen Erinnerungsdiskurs will sie jüdischen Mitbürgern einen Teil ihrer Identität und Würde zurückgeben, einen Rahmen dafür schaffen, dass sie als Individuen mit Namen und Biographie auftreten und ihre individuelle Geschichte erzählen können. Diese wird auf den einzelnen Ausstellungstafeln in Auszügen präsentiert.

Zugleich tritt die Ausstellung dem „Verlust des Bildes“ entgegen, der die öffentliche Re-

präsentation des Kampfes der Juden gegen das nationalsozialistische Deutschland und des Holocaust gleichermaßen betraf. Sie zeigt erstmals historische Fotografien der jüdischen Neubürger Nürnbergs aus deren Privatarchive, die vor, während und kurz nach den geschilderten Ereignissen entstanden. Aktuelle Aufnahmen ergänzen die Präsentation. Sie wurden 2014 in Nürnberg von jungen Nürnberger Fotografen, Manuel Eberhardt und Michael Gerstejn, in Einzelsitzungen geschaffen.

Indem die Ausstellung einen Rahmen für Bericht und Bild der Zeitzeugen schafft, will sie ihnen zum neuen Selbstbewusstsein verhelfen und dem Betrachter von heute den Zugang zur rationalen Verarbeitung ihrer Schickale sowie zur emotionalen Identifizierung mit ihnen erleichtern.

Diese historische Erinnerungsarbeit ist heute von hoher Dringlichkeit, da die Mehrheit der jüdischen Überlebenden des Krieges und des Holocaust bereits hoch betagt ist, ihre Zahl von Tag zu Tag kleiner wird. Die Ausstellung kann nur einen kleinen Beitrag dazu leisten, dass jüdische Menschen eine Anerkennung

finden, die ihnen in der ehemaligen Sowjetunion jahrzehntlang, weil sie nach offizieller Lesart als Juden weder Kämpfer gegen den Nationalsozialismus noch dessen Opfer waren, verwehrt geblieben war.

Damit verbunden ist außerdem das Anliegen, den Integrationsprozess der jüdischen Neubürger in der fränkischen Metropole zu fördern. Denn die Ausstellung will durch die unmittelbare Begegnung und den Austausch einen interkulturellen gesellschaftlichen Dialog zwischen den Überlebenden des Krieges und des Holocaust und der Generation der Nachgeborenen, zwischen der deutschen Bevölkerung und ihren jüdischen Nachbarn aus der ehemaligen Sowjetunion anstoßen.

Zur Ausstellung erscheint im Verlag Königshausen & Neumann (Würzburg) ein Katalog. Er enthält das Ausstellungsszenario sowie weiterführende Beiträge zur Geschichte der Juden in der Sowjetunion während des Zweiten Weltkrieges, zum Holocaust in der visuellen Erinnerungskultur, zur aktuellen Situation der jüdischen Neubürger Nürnbergs und ihrer individuellen Erinnerung an Krieg und Holocaust.

Jüdische Neubürger in Nürnberg

Interview mit Lilia Antipow von Horst Göbbel

HG: Frau Antipow, etwa wie viele jüdische Mitbürger aus der früheren Sowjetunion leben wohl in Nürnberg zur Zeit?

LA: Nach jüngsten Schätzungen sind es etwa 6.000, die aus verschiedenen Ländern der ehemaligen Sowjetunion gekommen sind.

wie gesagt, Anfang der 1990er Jahre ein; viele von meinen jüdischen Bekannten leben bereits über zwanzig Jahre in der fränkischen Metropole.

Andere wiederum sind erst fünf oder zehn Jahre da.



Horst Göbbel und Lilia Antipow, Foto: Gitti Göbbel

HG: Aus welchen Gebieten?

LA: Die meisten kommen aus der Russischen Föderation, aus der Ukraine und aus Moldawien. Auch jüdische Bürger der baltischen Staaten zogen inzwischen nach Nürnberg.

HG: Wann kamen sie in unsere Stadt?

LA: Die neue Welle der jüdischen Zuwanderung nach Nürnberg aus Osteuropa setzte,

HG: Unter welchen Umständen und warum sind sie gerade nach Deutschland gekommen? Sie kennen ja das schwierige Verhältnis zwischen Deutschen und Juden seit den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft und dem Zweiten Weltkrieg. Wie ist das zu erklären?

LA: Ich denke, im Vordergrund stand in dem Fall nicht das historische Schicksal der Juden während des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges, sondern die Erfahrung,



Ausstellung, Foto: Lilia Antipow

Fortsetzung von Seite 8

die die jüdischen Menschen mit dem heutigen Deutschland machten und machen, nämlich mit dessen politischen System. Wenn ich dieses Thema in meinem persönlichen Umfeld anspreche, so bekomme ich oft als Antwort, dass es die Vorzüge der demokratischen Ordnung in der Bundesrepublik seien, die die Entscheidung der Juden aus der ehemaligen Sowjetunion, nach Deutschland auszuwandern, maßgeblich bestimmten. Diese Vorzüge heben sich vor dem Hintergrund der Erfah-

LA: Es ist noch zu früh, um eine Gesamtbewertung für ihre Integration abzugeben, denn Integration ist ein langwieriger Prozess, der über mehrere Generationen andauert. Außerdem kann erst eine fundierte sozial- und kulturwissenschaftliche Studie die hierfür notwendige Grundlage liefern; diese steht jedoch bis heute aus. Mein subjektiver Eindruck ist, daß man den Stand der Integration unterschiedlich einschätzen muss, je nach dem Zeitpunkt der Zuwanderung, dem Alter der betroffenen

dem die unzureichenden Deutschkenntnisse negativ aus. Dennoch möchte ich einen Aspekt besonders hervorheben: Versteht man unter „Integration“ nicht nur die strukturelle Integration in den Arbeitsmarkt oder die Übernahme der Sprach- und Kulturtechniken der Aufnahmegesellschaft, sondern auch die Möglichkeit, die eigene Kultur zu pflegen und dabei gleichzeitig Teil eines größeren gesellschaftlichen Ganzen zu sein, dann, würde ich sagen, sind auch ältere jüdische Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion in Nürnberg integriert. Sie treten mit einer beachtlichen Vielfalt von sozialen und kulturellen Aktivitäten in Erscheinung; sie sind in Vereinen und Seniorenclubs organisiert; sie treffen sich, sie können sich austauschen.

HG: Frau Antipow, das wollte ich eigentlich wissen und mehr nicht! Und dennoch kommt eine Zusatzfrage. Die Leser sollten wissen, wer das alles so mitgeteilt hat. Einige Stichpunkte zu Ihrer Person.

LA: Obwohl ich solche Ausdrücke aus dem Amtsdeutsch wie „Migrationshintergrund“, „Aussiedler“ und ähnliche nicht mag, weil sie der Vielfalt der ethnischen und kulturellen Identität der Betroffenen keine Rechnung tragen, möchte ich es dem Leser einfach machen: Auch ich habe einen „Migrationshintergrund“. Ich bin 1990 als Deutsche aus der ehemaligen Sowjetunion nach Franken gekommen. Meine Vorfahren stammten ursprünglich aus Baden-Württemberg und

Rheinland-Pfalz und sind Ende des 18. beziehungsweise Anfang des 19. Jahrhunderts in das damalige Zarenreich eingewandert. Seitdem und bis 1941 lebten sie als deutsche Kolonisten im Schwarzmeergebiet und an der Wolga, von wo aus sie nach dem Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges gewaltsam vertrieben wurden und nach einigen Jahren im stalinistischen Gulag in Sibirien landeten. Ich hab' an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg Slavistik und Osteuropäische Geschichte studiert und bin derzeit als Dozentin für Osteuropäische Geschichte an dieser Universität tätig. Seit mehreren Jahren beschäftige ich mich in Forschung und Lehre mit der jüdischen Geschichte in Russland und in der Sowjetunion, habe dazu auch einige Bücher und Aufsätze vorgelegt. Ich arbeite außerdem über das Völkerecht und die Völkerstrafjustiz in der Stalin-Zeit (unter besonderer Berücksichtigung des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses), die Geschichte des russischen und sowjetischen Films und die politische Ästhetik des Totalitarismus. Die Geschichte der jüdischen – und nicht nur der jüdischen – Neubürger Nürnbergs, die aus der ehemaligen Sowjetunion kommen, sehe ich aus meiner Fachperspektive auch als eine transnationale Geschichte, als einen Schnittpunkt in der Geschichte West- und Osteuropas.

HG: Das wär's gewesen. Ich bedanke mich ganz herzlich.



Ausstellungseröffnung „Verdrängte Bilder“ mit Lilia Antipow und Prof. Dr. Helmut Altrichter, Foto: Anne-Katrin Hilbert

rungen um so mehr positiv ab, die die jüdische Minderheit in einem totalitären Staat, wie die ehemalige Sowjetunion, einst machten, in dem sie als Juden, das heißt als ethnische und religiöse Gruppe, und als einzelne Menschen in ihren Rechten benachteiligt wurden, Antisemitismus als Politik und Alltagsphänomen erleben mussten. Das heutige Deutschland dagegen steht für viele jüdische Neubürger Nürnbergs für die Möglichkeit, als Individuen und als Juden ein würdiges Leben zu führen, das durch den Staat, durch die Demokratie abgesichert ist. Obwohl wir in den letzten Jahren leider einen besorgniserregenden Anstieg von antisemitischen Stimmungen und Gewalttaten erleben, zeichnet sich die Lage der Juden in der Bundesrepublik derzeit dadurch aus, dass sie wegen ihrer religiösen und ethnischen Zugehörigkeit – zumindest im staatlich definierten Rahmen – nicht verfolgt werden; dass hierzulande Grundrechte wie Gewissens- und Meinungsfreiheit nicht nur verfassungsrechtlich abgesichert sind, sondern auch von Bürgern wahrgenommen werden können. Dazu gehört beispielsweise die Freiheit der Religionsausübung – man denke nur daran, dass seit den 1990er Jahren zahlreiche neue jüdische Gemeinden im Land entstanden sind. Was nicht weniger wichtig ist, ist die Möglichkeit, Hebräisch, jüdische Geschichte und jüdische Literatur zu unterrichten beziehungsweise zu studieren. Judaistik als akademisches Fach an den Universitäten hat gerade seit den 1990er Jahren einen beträchtlichen Zuwachs erlebt. Und das schafft eigentlich ganz andere Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Judentums als ethnische und religiöse Gruppe oder auch für die einzelnen jüdischen Menschen, als in der früheren Sowjetunion.

HG: Ja. Da sind wir im Prinzip eigentlich schon auch in die Richtung gekommen, wo es um die Frage der Integration dieser Menschen hier bei uns geht. Wie schätzen Sie den Stand ihrer Integration in Nürnberg derzeit ein?

Personen und ihrem Bildungsgrad – um nur einige wichtige integrationsrelevanten Faktoren zu nennen. So zeigt meine Erfahrung mit der jüngeren Generation in Nürnberg, daß diese inzwischen auf eine erfolgreiche Integration verweisen kann. Sie partizipiert am politischen und gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der deutschen Aufnahmegesellschaft. Die mittlere Generation ist dagegen von der komplizierten Lage auf dem Arbeitsmarkt betroffen, die sich bei geisteswissenschaftlichen oder pädagogischen Berufen insbesondere bemerkbar macht. Wie bei anderen Zuwanderergruppen gilt es jedoch auch hier, dass zum Beispiel die Ärzte in einer günstigeren Situation sind und ihren beruflichen Wiedereinstieg schneller und mit einem größeren Erfolg schaffen. Dies wirkt sich auch auf andere Bereiche des Lebens der jüdischen Neubürger in der Bundesrepublik – und Nürnberg und Franken stellen in dieser Hinsicht keine Ausnahme dar – nachteilig aus, bedingt den Verlust jenes hohen sozialen Status, den sie in der Herkunftsgesellschaft hatten, erschwert auch ihren sozialen Aufstieg, die Kontakte mit der deutschen Aufnahmegesellschaft, die Anerkennung und Akzeptanz durch sie, ja die Entstehung von so etwas, wie einem neuen „Wir“-Gefühl. Umgekehrt gilt, dass dadurch die Bindungen zur Herkunftsgesellschaft intensiviert werden, die als eine Art psychologischer „Rettungsanker“ dienen, ein Prozess, dessen Wirkung auf den Integrationswillen keineswegs als positiv einzuschätzen ist. In Anbetracht dessen fällt es schwer davon zu sprechen, dass die jüdischen Neubürger Nürnbergs in dem Sinne integriert sind, dass sie sich in Franken geborgen fühlen. Besonders problematisch scheint mir jedoch die Situation der älteren Menschen zu sein, für die die Perspektive einer Integration in die Aufnahmegesellschaft über den Arbeitsmarkt erst gar nicht in Frage kommt. Gerade sie, die Generation der Kriegs- und Holocaustüberlebenden, tun sich beispielsweise damit schwer, Kontakte zur Gleichaltrigen in der deutschen Aufnahmegesellschaft herzustellen. Auf ihren Integrationsprozess wirken sich außer-

„Ehrlich miteinander umgehen“

Interview mit Martin Neumeyer (Bayerischer Integrationsbeauftragter) von Horst Göbbel

Für den 25.03.2014 hatte die Evangelische Stadtakademie zu einer Podiumsdiskussion zum Thema „Integration in Bayern – Perspektiven für ein Miteinander mit Zukunft“ im eckstein in Nürnberg eingeladen. In der Einladung hieß es: „Bedingt durch Bürgerkrieg und Verfolgung wächst die Zahl der Flüchtlinge, die nach Bayern kommen, um sich eine neue Zukunft aufzubauen. Während die einheimische Bevölkerung früher ablehnend reagierte, ist heute zunehmend Hilfsbereitschaft spürbar. Auch weist die Industrie darauf hin, dass ohne Zuwanderung künftig Fachkräfte fehlen. Andererseits werden durch die Pegida-Bewegung neue Ängste und Vorurteile geschürt, vor denen die Kanzlerin zurecht warnt. Was muss geschehen, damit Integration und Miteinander in Zukunft gelingen? Welche politischen Konzepte verfolgt der Staat? Welche Vorstellungen haben Migranten? Was sind kirchliche Positionen?“ Referenten waren Martin Neumeyer MdL, Integrationsbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung, Mitra Sharifi Neystanak, Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-Migranten und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY) und Kirchenrat Thomas Prieto-Peral von der Evang.-Luth. Kirche in Bayern. Nach dem Ende der umfassenden Diskussion gab Martin Neumeyer Horst Göbbel ein Kurzinterview für die Zeitung „Nürnberg Interkulturell“.

Horst Göbbel: Herr Neumeyer, was muss geschehen, welche Prioritäten sehen Sie, damit in der aktuellen Lage Integration gut gelingt?

Martin Neumeyer: Es muss noch viel geschehen, andererseits läuft aber auch schon sehr viel. Vor allem aber müssen wir ehrlich miteinander umgehen und den Leuten sagen, was sie in Deutschland erwartet. Wir müssen



Der Bayerische Integrationsbeauftragte Martin Neumeyer, Foto: Büro Neumeyer

ihnen auch sagen, was sie leisten müssen. Wir brauchen das bürgerschaftliche Engagement, denn ohne den Einsatz der Bürger bleibt vieles Stückwerk. Es reicht nicht, wenn der Staat alles vorgibt, sondern die Impulse für die Integration müssen aus der Gesellschaft kommen, aus der Liebe zum Land und zu den Menschen. Es ist entscheidend, dass beide Seiten bereit sind, der anderen entgegenzukommen. Derjenige, der zu uns kommt, muss bereit sein die deutsche Sprache zu lernen, sich aus- oder weiterzubilden und Verantwortung zu übernehmen, aber er muss auch willens sein, nach den Prinzipien des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, der Verfassung des Freistaates Bayern zu leben. Denn die darin enthaltenen Werte, wie etwa die Menschenrechte, sind weltanschaulich neutral und daher für alle, Zugewanderte wie Einheimische verbindlich. Sich daran zu halten, ist entscheidend für die Zukunft dieses Landes.

HG: Lieben Dank, Herr Neumeyer.

Das Paradies hinter dem Horizont

Michele Scala / Norbert Staedtler

Martin Behaims Spur verliert sich in den Katakomben der Geschichte. 1509 soll er im Alter von 46 Jahren gestorben sein. Sicher ist das nicht, denn es wird auch behauptet, dass der Nürnberger Erfinder des Globus auf einer Schiffsreise verschollen sei. Und dann könnte es sein, dass er noch lebt: Weil er sie gefunden hat, die Insel Brandanus. Auf seinem Globus, wie auch auf den Schiffskarten der Entdeckerzeit, war sie wie selbstverständlich eingezeichnet, die Insel, auf der einer alten Legende nach, das Paradies zu finden ist. Und alle glaubten an sie, Columbus, Magellan, Amerigo Vespucci. Sie liegt dort irgendwo hinter dem Horizont, immer noch. Sie ist nie dort, wo man selbst gerade ist, sondern meist weit weg.

Europa ist für viele Menschen so ein Paradies hinter dem Horizont. Hunderttausende versuchen es zu erreichen. Viele davon lassen ihr Leben in den Tiefen des Mittelmeeres oder erstickten in defekten Schmuggelcontainern. Wem die „Landung“ gelingt, dem verwehrt kein Engel mit Flammenschwert den Eintritt, sondern eine Wand aus abwehrenden Händen: „Das Boot ist voll!“ Tatsächlich stehen Europas Nationen vor einer Sisyphus-Arbeit, denn wenn der Flüchtlings-Gipfel erreicht zu sein scheint, dann schwappt eine neue, noch höhere Welle heran, begleitet von den oftmals menschenverachtenden Kommentaren der Populisten. Doch auch die wohlmeinenden Mitmenschen fragen sich, wie man Krieg und Vertreibung, Ausbeutung und Armut stoppen kann.

Im Grunde war ich auch ein Flüchtling, der der Arbeitslosigkeit Südtaliens entkommen wollte. Ich hatte das Glück, eine Arbeit als „Heizer“ auf Europas Konjunkturdampfer Deutschland zu bekommen. Das war 1968 nicht so einfach, wie man heute meint. Zuerst gab es eine Fleischbeschau in Verona, bevor man dann die Gesunden von uns ins „gelobte Wirtschaftswunderland“ ließ. Zum Arbeiten! Was die Integration angeht, standen wir alle, auch die deutschen Gastgeber, ziemlich ratlos da.

Wozu Integration? Wenn wir diese Menschen nicht mehr brauchen, dann gehen die! Deshalb nannte man uns ja auch Gastarbeiter. Das war keine Wertung, sondern eine Situationsbeschreibung. Ja, man half uns ehrlich und gut gemeint, gab uns Geld, damit wir unsere eigenen Rettungsboote bauen konnten, wo wir nach Herzenslust unsere Feste feiern durften, die uns die Liebe zur Heimat retten sollten. Zur Bootstaufe kamen der Zweite Bürgermeister und die Vertreter der Parteien. So entstanden die vielen italienischen, spanischen, griechischen und später türkischen Vereine. Bleibt unter Euch, pflegt die Liebe zur Heimat, lehrt euren Kindern die Sprachen des Südens, damit sie ohne Probleme heimkehren können. Die „Heimatbesuche“ der Kinder wurden bezuschusst. Wir nutzten die Chance, denn die Kleinen sollten einmal gute Italiener oder Türken sein. Wir lebten neben unseren deutschen Nachbarn her. Doch die uns von der Arbeit her kannten, die öffneten sich uns auch in der Freizeit. Ganz langsam und vorsichtig. Das machte uns Mut und wir beschlossen am öffentlichen Leben teilzuhaben. Die ersten Spiele von Inter Italia oder Türkspor gegen deutsche Mannschaften glihen Scharmützeln, bis dann statt der Vorur-

teile endlich die Bälle flogen.

Als dann die ersten „Gastarbeiter“ in Rente gingen, bemerkten unsere Gastgeber erstaunt, dass die ja gar nicht mehr weg wollten. Das war so nicht vorgesehen, auch nicht von uns Gästen. Man begann über Integration nachzudenken, aus dem Ausländerbeirat wurde der Integrationsrat der Stadt Nürnberg. Das war keine Namenskosmetik, sondern eine programmatische Neuorientierung, die völlig neue Denkansätze ermöglichte.

Oberbürgermeister Maly erklärte die Integrationspolitik zur Chefsache. Das war mehr als eine nette Geste. Es steht einer Stadt, die sich „Stadt der Menschenrechte“ nennt, gut an, wenn der Chef selbst für eine herzliche Willkommenskultur sorgt. Das sagt dem Fremden: „Hier bekommst du die Chance dich zu integrieren!“ Was ja leider nicht selbstverständlich ist.

In dieser Offenheit steckt andererseits die Hoffnung, dass der neue Mitbürger das Angebot zu schätzen weiß und mit der gleichen Unvoreingenommenheit zum friedlichen Nebeneinander der 162 Nationalitäten Nürnbergs beiträgt.

Integrieren müssen wir uns von Geburt an, in die Familie, in die Schule, in Betrieb und Nachbarschaft. Immer gilt es Kompromisse zu schließen: Um des lieben Friedens willen. Streit gibt es bekanntlich in den besten Familien. An den Argumenten, mit denen die Streitigkeiten beigelegt werden, können wir den Stand unserer Kultur messen. Sie wächst mit der Vielfalt, die wir zulassen und verkümmert, wo wir uns in Selbstgefälligkeit einigeln.

„Träumen Sie weiter“, lästern die „Real“-Politiker, „Multikulti geht gar nicht, da sind die Probleme schon vorprogrammiert“. Ich kann ihnen nicht Recht geben, habe ich doch in den vergangenen 40 Jahren in Nürnberg eine andere Erfahrung gemacht, eine positive, die langsame Annäherung der Nationalitäten, der Gäste und der Gastgeber.

Ich habe die Einladung zur Integration angenommen, in eine Stadt, die seit ewigen Zeiten Kontakte nach Italien hatte. Nach Venedig, Padua oder Bologna, wo Willibald Pirckheimer studierte und Dürer malte. Als Kaiser Karl der IV. seine „Osterweiterung“ begann, rückte Nürnberg in den Mittelpunkt der Handelswelt mit Kontakten nach Polen, Dänemark und London. In unserer Stadt selbst, lebten immer viele „Ausländer“, „Knechte“ ihrer Kaufmannsgilden, Handwerker, italienische Maler auf der Durchreise: Nürnberg war eine weltoffene Stadt, was aber nicht heißt, dass ihr jeder willkommen war. Thomas Münzer, der Rivale Martin Luthers wurde 1524 aus der Stadt gewiesen, als er eine Hetzschrift gegen den Reformator drucken lassen wollte. Stadtluft macht frei, wusste das Mittelalter, die Nürnberger Stadtgeschichte öffnet den Blick dafür, das Unmöglich scheinende möglich zu machen: Hier stand die erste Papiermühle Deutschlands, fuhr die erste Eisenbahn, wurde das erste Kinderbuch gedruckt, die erste Straße gepflastert, das erste Gesundheitsamt eröffnet. Man hat nicht alles selbst erfunden, hier an der Pegnitz, aber man hat Chancen erkannt und genutzt.

Es ist schön in Nürnberg zu leben, in einer Stadt, die das Leben des Mittelalters mit geprägt hat, die noch in einer Zeit, als sie bedeutungslos und tief verschuldet vor sich hin dämmerte, zum „Ideal“ der Romantik wurde, um dann um so mächtiger mit neuen Ideen, den effektivsten Fabriken zu altem wirtschaftlichen Erfolg zurückzukehren, und sich heute im Elektronikzeitalter neu erfindet. Dabei wird jede tatkräftige Hand, jeder ideenschwangere Kopf gebraucht. Es ist eine spannende Zeit.

Dort wo man willkommen ist, wo man sich sicher fühlt, da gründet man gerne eine Familie. Die außergewöhnlich hohe Geburtenrate in der Stadt scheint das zu beweisen.

Ich brauche nicht mehr nach einem fernen Paradies zu suchen, für mich liegt es in einem Hinterhof in der Südstadt. Ich habe meine Chance genutzt und arbeite nun gerne mit, damit auch andere in Nürnberg ein neues Zuhause finden und mit neuen Ideen die Zukunft sichern.



Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly im Gespräch mit Michele Scala, Foto: Horst Göbbel

Die Romantiker nannten Nürnberg „Rom des Nordens“ und fanden auch hier tatsächlich sieben Hügel. Nürnberg hat aber auch andere Namen ertragen müssen, wenig schmeichelhafte, wie „Die Stadt der Reichsparteitage“ oder „Die Stadt der Rassengesetze“.

Die Stadt der Menschenrechte sein zu wollen, ist deshalb eine Antwort auf die Vergangenheit und ein Versprechen an die Zukunft. Die Einladung, mich in die Nürnberger Gegenwart zu integrieren, empfinde ich als Geschenk, das ich durch meine Arbeit im Integrationsrat an alle meine Mitbürger weitergebe.

Meine Enkel auf dem Schoß, sehe ich hinüber zum Behaim-Denkmal auf dem Theresienplatz. Die beiden sind, mehr noch als meine Töchter, Nürnberger. Sie sprechen mehrere Sprachen und alle besser als ich. Ich muss an das Lied denken, das Louis Armstrong so wundervoll krächzte: Ich höre Babies schreien, ich seh´ sie wachsen, sie lernen mehr, als ich jemals wissen werde: what a wonderful world. Deshalb möchte ich allen Skeptikern der Integration zurufen: „Ich weiß nicht was aus diesen, meinen Enkeln mit dem Migrations-Hintergrund wird. Werden sie in Nürnberg bleiben oder nicht? Ich weiß aber, dass sie schon jetzt einen Beitrag zur Stadtgeschichte leisten, weil sie sie lebendig und fröhlich machen. Vielleicht ist die Willkommenskultur der Stadt Nürnberg, ihre Integrationspolitik ein wichtiger Standortvorteil für die Zukunft.“

Michele Scala ist Mitglied des Integrationsrates, Norbert Staedtler ist Journalist a.D., er forscht in den Archiven

Michele Scala

Integration durch Arbeit

Sehr wichtig in unserem Leben ist die Arbeitsintegration egal welche Nationalität man hat.

Nicht auf die Herkunft, den Pass schaut der Chef, Leistung und Integration in die Arbeitsgemeinschaft ist ihm wichtig.

Egal in welcher Position man arbeitet, ein Mensch kann sich sicher fühlen, wenn er integriert ist in der Arbeitsgemeinschaft.

Zentrale Servicestelle zur Erschließung ausländischer Qualifikationen (ZAQ)

Ein Zwischenbericht

Zdenka König

Der demografische Wandel verändert unsere Gesellschaft und führt bereits heute zu einem Mangel an qualifizierten Fachkräften. Deshalb ist es wichtig, alle Qualifikationspotenziale im Inland zu aktivieren und zu nutzen. Zudem soll Deutschland für qualifizierte Zuwanderung attraktiver werden.

Viele Deutsche und nach Deutschland Zugewanderte haben in anderen Ländern solide berufliche Qualifikationen und Abschlüsse erworben, die auf dem deutschen Arbeitsmarkt dringend gebraucht werden. Sie können diese Qualifikationen hier aber nicht optimal verwerten, weil der Weg zur Anerkennung der beruflichen Qualifikationen unübersichtlich und kompliziert ist. In der Konsequenz führt dies dazu, dass qualifizierte Akademiker in Reinigungsfirmen putzen, Facharbeiter sich mit fachfremden Hilfsarbeiten über Wasser halten und Menschen mit Migrationshintergrund von Jobcentern betreut werden müssen. Auch dann, wenn ausländische Bildungsabschlüsse nicht deutschen Ansprüchen genügen, können Elemente der Ausbildung durch entsprechende Nachqualifizierungen aufgewertet werden.

Das Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen sieht vor, dass innerhalb von drei Monaten geklärt wird, inwieweit ausländische Zeugnisse bzw. im Ausland erworbene Qualifikationen deutschen Berufsabschlüssen entsprechen. Die Servicestelle berät als Fachberatungsstelle zur beruflichen Anerkennung ausländischer Qualifikationen Menschen mit und ungeklärten Abschlüssen, informiert über die zuständigen Anerkennungsstellen, begleitet sie während des Verfahrens und klärt Fragen der (Nach-)Qualifizierung.

Vom 1. Juni 2012 bis Ende Dezember 2014 haben insgesamt 2.750 Beratungen zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen bei ZAQ stattgefunden. Beraten wurden 1.912 Menschen aus insgesamt 93 verschiedenen Ländern.

Die „Zentrale Servicestelle zur Erschließung ausländischer Qualifikationen in der Metropolregion Nürnberg“ (ZAQ) wendet sich an:

• Menschen mit ausländischen Qualifikationen

Die ZAQ richtet sich zunächst an Migrantinnen und Migranten mit Beratungs- und Unterstützungsbedarf bei der Anerkennung ihrer im Ausland erworbenen Qualifikationen. Hierbei kann es sich um Migrantinnen und Migranten handeln, die erst kürzlich eingereist sind, aber auch um solche, die arbeitslos oder in einer Arbeit beschäftigt sind, die ihrer Qualifikation nicht angemessen ist. Auch deutsche Rückkehrer mit ausländischen Qualifikationen werden zur Möglichkeiten der Anerkennung beraten.



Drei Erfolgsgeschichten von ZAQ: Anna Lewizki, Alla Maslennikova und Martin Georgievski (v. l.), Foto: Marisa Kleinmann/BZ

• Behörden, Kammern und Arbeitsverwaltung

Die mit der Anerkennung und Bewertung von ausländischen Qualifikationen befassten Anerkennungsstellen verteilen sich auf unterschiedliche Behörden und Kammern in Bayern. Oft besteht wenig Klarheit über die Zuständigkeit, über aktuelle Gesetzgebung und

Anerkennungspraxis bei Fragen der Anerkennung von ausländischen Qualifikationen.

• Multiplikatorinnen und Multiplikatoren

Die Kenntnisse über Anerkennungs- und Teilanerkennungsverfahren bei Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus dem Bereich der Migrantinnen- und Migrantenorganisationen, Migrationsfachdienste und Migrationsberatungsstellen wie auch bei Weiterbildungs- und Qualifizierungsträgern und Betrieben sind sehr unterschiedlich. Hier steht die ZAQ als Fachberatung zur Verfügung.

denster Fachberatungsstellen mit den Kompetenzen und Informationsbedarfen von Akteurinnen und Akteuren aus Arbeitsagentur und Jobcenter, Kammern und Unternehmen zusammen.

Bei dem Beratungsangebot der ZAQ handelt es sich um umfassende und individuelle Fachberatungen, die mit erheblichem Aufwand an Vorbereitung, Weiterbearbeitung und Begleitung verbunden sind. Folgende Fragen werden beantwortet:

- Welche Abschlüsse können als gleichwertig anerkannt werden?
- In welchen Berufen ist eine Gleichwertigkeitsfeststellung notwendig, um arbeiten zu dürfen?
- Wer ist für die Anerkennung zuständig?
- Welche Unterlagen werden für den Antrag auf Anerkennung benötigt?
- Welche Alternativen zur formalen Anerkennung gibt es?

Kooperationspartner von ZAQ

Die Beratungsstelle ZAQ ist im Bildungszentrum (BZ) der Stadt Nürnberg angesiedelt und wird durch das Netzwerk MigraNet im Rahmen des Förderprogramms „Integration durch Qualifizierung“ finanziert, das vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales, dem Bundesministerium für Bildung und Forschung, dem Europäischen Sozialfond und der Bundesagentur für Arbeit getragen wird. Kooperationspartner in Nürnberg sind der Integrationsrat der Stadt Nürnberg, das Bildungsbüro der Stadt Nürnberg, die Handwerkskammer für Mittelfranken, die Industrie- und Handelskammer Nürnberg für Mittelfranken, die IHK FOSA (Foreign Skills Approval), der Ausbildungsring Ausländischer Unternehmer e.V., das Jobcenter Erlangen-Höchststadt, die Agentur für Arbeit Nürnberg, das Jobcenter Nürnberg-Stadt sowie das Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg. Neben Nürnberg gibt es in Bayern zwei weitere Beratungsstellen in Augsburg und München.

Zdenka König ist Fachberaterin in der Beratungsstelle ZAQ im Bildungszentrum der Stadt Nürnberg

Zur Gleichwertigkeit des anderen

Interview mit Prof. Dr. Zick von Horst Göbbel

Auf der 4. Nürnberger Integrationskonferenz am Samstag, 11.10.2014 im südpunkt in Nürnberg – Veranstalterin war die Stadt Nürnberg / Koordinierungsgruppe Integration in Kooperation mit dem Nürnberger Rat für Integration und Zuwanderung – ging es um den Umgang mit Vorurteilen in einer vielfältigen Gesellschaft.

Prof. Dr. Andreas Zick vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld hielt einen vielbeachteten Vortrag zum Thema „Die Vorurteile der anderen – Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit statt Toleranz und Weltoffenheit“. Darin machte er klar, dass auch dann, wenn man selbst glaubt, keine oder nur wenige Vorurteile zu haben, so haben doch Stereotype einen großen Einfluss auf unser Denken und Handeln. Die eigene Toleranz wird über-

schätzt, die unterdrückten Vorurteile wirken unbewusst weiter. Von Vorurteilen geprägte menschenfeindliche Einstellungen wie z.B. Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit stehen jedoch der Gleichheit von Menschen entgegen und dienen zur Legitimation von Gewalt gegen Minderheiten und Schwache.

Horst Göbbel interviewte Prof. Dr. Andreas Zick im Anschluss an seinen Vortrag:

HG: Sie haben auch über die Gleichwertigkeit des anderen gesprochen und gesagt, Demokratie bemisst sich auch am Umgang mit schwachen Gruppen. Demokratie hat jedoch sehr viel mit dem Mehrheitsprinzip zu tun. Stehen sich diese Prinzipien nicht im Wege?

Prof. Dr. Zick: Nein, überhaupt nicht, weil es

hier eine repräsentative Demokratie ist. Es ist ja in vielen Bereichen beim Diskriminierungsschutz oder beim Antisemitismus nicht so, dass die Mehrheit hier entscheidet, sondern das bedeutet, dass wir unabhängig von allen Prinzipien bei Wahlen Gleichwertigkeit von Gruppen selber immer wieder als eigentlichen Maßstab heranziehen. Das heißt, wenn wir Mehrheiten nicht haben in bestimmten Vorteilsbereichen, dann muss sich trotzdem die Mehrheit bemühen, dass genügend Mittel da sind, die Vorteile zu reduzieren. Daran sieht man, dass das Gleichwertigkeitsprinzip höherwertig ist als das Mehrheitsprinzip.

HG: Das Problem scheint mir aber zu sein, dass neben dem Mehrheitsprinzip, das allgemein akzeptiert ist, der Minderheitenschutz auch dazu gehört, aber kaum wahrgenom-

men wird oder zu wenig. Liegt das in der Natur der Sache, dass sich das Mehrheitsprinzip restlos durchgesetzt hat?

Prof. Dr. Zick: Nun, der Minderheitenschutz ist halt schwieriger. Für den Minderheitenschutz braucht man auch Minderheiten, die selbst für ihren Schutz kämpfen. Wenn wir mal angucken, was an revolutionären gesellschaftlichen Veränderungen stattgefunden hat, etwa Bekämpfung des Faschismus, Umweltschutz, andere Bereiche, es sind starke Minderheiten, die für den sozialen Wandel gesorgt haben und diese innovativen Ideen mehrheitsfähig gemacht haben. Dies gilt in zunehmendem Maße auch für die Integration von zugewanderten Menschen.

HG: Danke, Herr Prof. Zick.

Wie gute Nachbarschaft gelingen kann

Friedrich Popp



Festspiel im Skulpturenpark Eisenbühl von Künstler Claus-Frenz Claussen, Foto: Friedrich Popp

Der Aufbau einer guten Nachbarschaft ist gar nicht so schwer. Früher wurden neue Nachbarn in einem Wohnhaus von ihren Nachbarn mit Salz und Brot begrüßt. Man stellte sich vor und überreichte symbolisch das kleine Begrüßungsgeschenk. Nach meinem Kenntnisstand, ist diese Willkommensgeste weitestgehend ausgestorben. Die Form der ersten Begegnung kann eine Nachbarschaft auf Jahre prägen. Ich würde raten, wenn neue Nachbarn einziehen, sich zumindest vorzustellen und einen Willkommensgruß auszusprechen. Wenn man bereit ist, noch einen Schritt weiter zu gehen, dann bietet man den Nachbarn an, dass er oder sie sich melden soll, wenn eine Leiter oder ein Werkzeug fehlt. Miteinander reden wäre also der erste wichtige Schritt, denn eine gute Nachbarschaft muss gepflegt werden. Grundsätzlich halte ich es für äußerst wichtig, insbesondere auch in größeren Mietshäusern, dass sich Nachbarn grüßen. Manchmal reicht ein kurzes Hallo, vielleicht verbunden mit einem kleinen Lächeln, um diese anonyme soziale Kälte zu überwinden, die manchmal in Aufzügen zu spüren ist, wenn sich zwei oder drei Personen begegnen und die anderen wie Luft behandeln. Die Haustür für die Nachfolgenden aufzuhalten, halte ich für eine Selbstverständlichkeit. Toleranz und

gegenseitige Rücksichtnahme ist die erste Nachbarschaftspflicht. Wenn eine Nachbarschaft gut funktioniert, dann kann man auch mal einen kleinen Dienst für ältere Nachbarn machen und ihnen die Einkaufstüten in ein oberes Stockwerk tragen oder ein Paket für eine Nachbarin entgegennehmen. Bei besonders guter Nachbarschaft trifft man sich auch mal gemeinsam in einem Garten oder im Hof und macht ein gemeinsames Grillfest. Bei Abwesenheit wegen Urlaub, übernehmen die Nachbarn gerne den Wohnungsschlüssel, um die Blumen zu gießen und die Katze zu füttern.

Der Ton macht die Musik

Wenn es jedoch mal zu Meinungsverschiedenheiten oder zu einem Konflikt mit den Nachbarn kommt, dann kann man seine unterschiedlichen Ansichten durchaus in einem respektvollen Gespräch mitteilen. Falsch wäre es meines Erachtens, dem Konflikt einfach aus dem Wege zu gehen. Denn wenn man sich zu viel gefallen lässt, kann es passieren, dass man dann in einem Moment der Wut den Konflikt in unüberlegten Worten anspricht und damit vermutlich weiter verschärft. Ein nicht ausgetragener Konflikt kann lange kalt weiterlaufen, bei einer bestimmten Gelegenheit wird er

dann möglicherweise heiß ausgetragen. Auch die andere Position – nach dem Motto „Ich sage alles direkt und sofort“ – bringt meist wenig, weil man auch hier oft nicht die richtigen Worte findet. Was also kann man tun? Zunächst scheint mir wichtig, die eigene Wut erst einmal abkühlen zu lassen. Geben Sie sich ein bisschen Zeit, mindestens einen Tag, und suchen Sie dann gezielt das Gespräch mit ihrem Nachbarn oder ihrer Nachbarin. Dieser Verlangsamungsprozess ist wichtig, da wir unter dem Diktat der Schnelligkeit uns oft zu unbedachten Äußerungen oder Handlungen hinreißen lassen. Zeigen Sie Ihrem Nachbarn Respekt und Wertschätzung. Eine Kritik kann man auch sachlich und ohne persönliche Verletzungen bei einer passenden Gelegenheit äußern. Vermeiden Sie jede Form von Aggressivität, Schimpfen oder Schreien, sprechen Sie in einem ruhigen Ton. Reagieren Sie auf Lärm aus einer oberen Nachbarwohnung nicht durch lautes Klopfen mit dem Besenstil an die Decke. Überlegen Sie erst einmal, wie Sie reagieren würden, wenn Sie in der Position des Anderen wären. Versuchen Sie, die Angelegenheit durch die Brille des Anderen zu sehen. Kennen Sie wirklich die Gründe, warum die Kinder so laut sind oder warum

legen Sie Ihre Bedürfnisse dar.

4. Drücken Sie einen klaren Wunsch aus, der jedoch realistisch und erfüllbar sein sollte. Die Gewaltfreie Kommunikation klingt vielleicht im ersten Moment einfach, allerdings ist es gar nicht so leicht, in dieser Form im Alltag zu kommunizieren. Denn wir schildern meist nicht unsere unmittelbaren Wahrnehmungen, sondern unsere Interpretationen. Und schon sind wir bei einer Bewertung und Beurteilung. Unser Gegenüber hört einen Angriff und verteidigt sich. Manche glauben, ihr Gesicht zu verlieren. Damit sind wir in einer Spirale der Konflikteskalation. Über unsere Gefühle zu sprechen, fällt uns besonders schwer, denn es ist leichter, unser Gegenüber in der „Du“-Form anzusprechen, oft verbunden mit einer Anklage oder mit einem Vorwurf. Wenn ich jedoch über meine Gefühle spreche, dann werde ich wahrscheinlich auf meine Bedürfnisse stoßen. Statt eines Befehls oder eines „Du-sollst“-Imperativs drücke ich lieber einen erfüllbaren Wunsch aus. Beispielsweise könnten Sie Ihr Bedürfnis nach Ruhe ausdrücken und die Nachbarn freundlich bitten, das Kinderzimmer nach Möglichkeit in einen anderen Teil der Wohnung zu verlegen oder einen schalldämpfenden Fußboden



Begegnung mal anders, Foto: Privatarchiv Friedrich Popp

der Nachbar so verbissen Ruhe einfordert? Arbeitet er/sie vielleicht nachts oder ist jemand krank in der Wohnung? Warum vertritt er/sie diese Position, welche Bedürfnisse stecken dahinter? Nehmen Sie sich auch innerlich vor, mit ihm/ihr sachlich über das Thema zu reden und vermeiden Sie alles, was Ihren Nachbarn persönlich angreifen könnte. Vor allem sollten Sie Ihren Nachbarn nicht beschuldigen. Sie kennen sicherlich die Sprichwörter „Der Ton macht die Musik“ oder „Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es zurück“.

Gewaltfreie Kommunikation

Für ein wertschätzendes Gespräch gibt es ein paar Grundregeln aus der „Gewaltfreien Kommunikation“:

1. Beschreiben Sie nur, was Sie beobachtet oder wahrgenommen haben und vermeiden Sie eine Beurteilung des Geschehens. Halten Sie sich mit Schuldzuweisungen zurück.
2. Sprechen Sie in der „Ich“-Form, haben Sie Mut, Ihre Gefühle auszudrücken.
3. Sprechen Sie darüber, was Sie brauchen,

zu verlegen. Wer mehr über die Gewaltfreie Kommunikation erfahren möchte, kann diese auch in einem Kurs erlernen.

Vermittlung bei Nachbarschaftskonflikten

Wenn Sie mit Ihren Nachbarn gar nicht mehr zurechtkommen, dann könnten Sie eine Mediation ins Auge fassen. Während es in einem Gerichtsverfahren meist einen Sieger und einen Verlierer gibt, besteht bei einer Mediation die Chance, dass beide Parteien gewinnen. Mediation ist der Versuch, mit Hilfe einer neutralen dritten Person, das Gespräch wieder in Gang zu bringen und gemeinsam eine für alle tragfähige Lösung zu finden. Eine Mediation erspart viel nervenaufreibende Zeit, Unbehagen und Unkosten. Mit Hilfe eines oder zweier Mediatoren/innen suchen die Konfliktparteien, eine für alle Seiten befriedigende Lösung. Mediation ist eine Alternative zu einem Gerichtsverfahren, denn die Mediatoren/innen fällen kein Urteil. Da die Mediatoren/innen keinen Schiedsspruch fällen,

Fortsetzung auf Seite 13



Salz und Brot zur Begrüßung der neuen Nachbarn, Foto: Friedrich Popp

Fortsetzung von Seite 12

ist es auch keine Streitschlichtung wie z.B. in einem Tarifkonflikt. Das Gute an einer Mediation ist, dass die streitenden Parteien sich mit dem erklärten Ziel zusammen setzen, selbst eine Lösung zu finden und auszuhandeln. Wenn die Betroffenen an der Lösungsfindung beteiligt sind, dann ist die Wahrscheinlichkeit sehr groß, dass sie sich auch an die Vereinbarung halten. Der/die Mediator/in ist lediglich für die Moderation des Gesprächs verantwortlich, er/sie achtet darauf, dass das Gespräch respekt- und vertrauensvoll geführt wird. Die Teilnehmer/innen halten sich in der Regel an die Gesprächsregeln, wie z.B. jeder kommt zu Wort, ausreden lassen, nicht ins Wort fallen oder Unterlassen von Beleidigungen und Beschimpfungen.

In einer Mediation wird sachlich verhandelt, die Probleme werden als Herausforderungen betrachtet und geklärt. Kritische Aussagen werden eventuell „entgiftet“ und in einem akzeptablen Rahmen umformuliert. Oft stehen hinter den vorgetragenen Positionen, dem sichtbaren Teil des Konflikts, ganz andere Interessen und Bedürfnisse, die tiefer liegen und übersehen werden. Über die Gefühle können die Bedürfnisse herausgearbeitet und dargelegt werden. Wenn dann die Wünsche ausgedrückt werden, können auch realisierbare und umsetzbare Vereinbarungen getroffen werden. Im Idealfall wird ein Vertrag zwischen den ehemals verfeindeten Parteien geschlossen. Die Mediatoren/innen fragen nach ein paar Monaten nach, ob die Abmachungen wie vereinbart umgesetzt wurden.

Gemeinwesen-Mediation

Das Nürnberger Netzwerk Gemeinwesen-Mediation besteht seit 2013 und ist ein Zusammenschluss zwischen dem „Netzwerk interkulturelle Mediation“ (gegründet 2002) und der neuen Mediationsausbildungsgruppe des Miteinander-Projekts aus den Jahren 2012/13 (vgl. Friedrich Popp, Vom Miteinander-Projekt zur Gemeinwesen-Mediation Nürnberg, in: Nürnberg interkulturell, 2014).

Das Besondere am Nürnberger Netzwerk sind zwei Dinge: Erstens wird die Mediation in der Regel in Zweierteams (Tandems) angeboten, wobei die Besetzung des Öfteren wechselt. Dies bedeutet, dass jeweils einer der Mediatoren/innen selbst Migrationshintergrund hat, nach Möglichkeit spricht er/sie die gleiche Sprache wie eine der Konfliktparteien. Obgleich nicht alle Sprachen und kulturellen Orientierungen bedient werden können, finden die Mediatoren/innen so emotional einen besseren Zugang zu den Menschen mit Migrationshintergrund. Das Tandem bilden meist eine Frau und ein Mann. Zweitens sind die 28 Mediatoren/innen des Netzwerkes eng an die Stadt Nürnberg und verschiedene Migrationsdienste angebunden, sie kommen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen wie Stadtverwaltung, Integrationsrat, Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften, Schulen, interkulturellen Vereinen oder sie sind Selbständige.

Das Netzwerk bietet die Mediation grundsätzlich allen Nürnberger Bürgerinnen und Bürgern an, unabhängig von Herkunft und kultureller Orientierung.

Koordiniert wird das Netzwerk Gemeinwesen-Mediation vom Beauftragten für Diskriminierungsfragen beim Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg, Tel. 0911/231-10312 (weitere Infos siehe: www.gemeinwesen-mediation.de).

Friedrich Popp ist Leiter der Geschäftsstelle des Integrationsrates, Mediator BM®, Mitglied im Netzwerk Gemeinwesen-Mediation

Alltägliche Nachbarschaftskonflikte

Friedrich Popp

Nachrichten von Nachbarschaftskonflikten liefern täglich in den Medien viele Schlagzeilen. Oft münden anfangs harmlose Streitigkeiten in offene Gewalttaten. Eine Statistik über Nachbarschaftsstreitigkeiten wird nicht geführt. Zigtausende Fälle von Nachbarschaftskonflikten landen jährlich vor Gericht. Deutschland scheint ein Land der Streithähne zu sein.

Nach einer 2014 veröffentlichten repräsentativen Studie der Nürnberger Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) für die Gothaer Versicherung mit über 1000 Interviews hatten fast ein Drittel aller Deutschen (32,1 %) schon einmal ernsthaften Streit mit einem Nachbarn (www.focus.de vom 06.08.2014).



„Nachbarschaftsnahkampf“ oder „gute Nachbarschaft“? Foto: Friedrich Popp

Die Hitliste der Konfliktverursacher wird angeführt von Lärmbelästigung (63,6 %), gefolgt von Konflikten über die Nachbarschaftspflichten (wie z.B. Treppenhausreinigung, 44,7 %). An dritter Stelle wurden Haustiere, die mit Schmutz, Lärm oder Geruch den Hausfrieden störten, genannt (41 %). Danach folgen Ärger über Auto (z.B. falscher Parkplatz, 39,2 %), Unfreundlichkeit (z.B. Nachbar grüßt nicht, 33 %), Treppenhaus zugestellt (z.B. mit Kinderwagen, 32,1 %), Gemeinschaftsräume verdreckt oder zugestellt (27,5 %), Besucher stören (z.B. nächtliches Klingeln, 22,1 %), Belästigung durch Rauch (z.B. Zigarettenrauch, der ins Treppenhaus zieht, 20,7 %).

Ältere Menschen sind etwas toleranter

Nach einer Umfrage des Marktforschungsinstituts Gapfish fühlt sich fast jeder zweite Deutsche von den Nachbarn genervt (SZ vom 18.06.2014). Zugleich sind ältere Menschen etwas toleranter als jüngere. „Nur“ 40 % der über 60-Jährigen haben an ihren Nachbarn etwas auszusetzen, aber 63 % der 18- bis 29-Jährigen. In Norddeutschland wird mehr gestritten als in Süddeutschland. Anscheinend ist man im Süden gelassener, denn in Süddeutschland sind „nur“ 43 % von ihren Nachbarn genervt, in Norddeutschland jedoch 57 %. Konfliktverursacher sind nach dieser Umfrage an erster Stelle die Haustiere (25 %), gefolgt von rauchenden Nachbarn (23 %). 19 % beschwerten sich über nächtliche Aktivitäten wie Wäschewaschen, Duschen und

laute Musik. Und 11 % sind von spielenden Kindern genervt.

Auch die GfK-Studie stellt ein unterschiedliches Streitverhalten in einzelnen Bundesländern fest. In Hamburg klagen 50,2 % über die Nachbarn und in Baden-Württemberg 42,9 %, in Bayern hingegen „nur“ 25 %. Die Hauptstadt Berlin scheint mit 13,9 % das toleranteste Bundesland zu sein.

Nach der GfK-Studie gibt es weitere Auffälligkeiten: in größeren Orten wird mehr gestritten als in kleineren. In Orten mit weniger als 5000 Einwohnern streitet jeder Vierte, in Städten mit mehr als 100.000 Bewohnern allerdings mehr als jeder Dritte. Die streitsüchtigsten Nachbarn sind nach dieser Studie zwi-

Das Bild vom bösen Nachbarn

„Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt“, dichtete schon Friedrich von Schiller. Tatsächlich kann man sich den Nachbarn in der Regel nicht aussuchen. Bei der Auswahl privater Beziehungen und Freundschaften hat man eine freie Wahl. In beruflichen Zusammenhängen kann es schon schwieriger sein, mit den Kolleginnen und Kollegen zurechtzukommen.

Die Auswahl einer Wohnung oder eines Hauses hingegen findet unter völlig anderen Voraussetzungen statt, es sind finanzielle und ästhetische Gründe, Größe des verfügbaren Wohnraums, Vorhandensein eines Gartens oder eines Balkons, Umweltgesichtspunkte, Anschluss an Verkehrsanbindung oder öffentlichen Nahverkehr, Nähe zu Kindertagesstätten, Schulen, Arbeitsplatz und ähnliches. Vielleicht wird noch ein besonderes Viertel in einer Großstadt wegen seines kulturellen Flairs bevorzugt.

Aber niemand wird vorher die Nachbarschaft genauer analysieren, wird bei den Nachbarn klingeln und nachforschen, ob sie sympathische oder unfreundliche Zeitgenossen sind. Kaum jemand wird sich vor einem Umzug die Protokolle der Eigentümerversammlungen anschauen, um festzustellen, ob sich jemand über Nachbarn oder über spielende Kinder beschwert hat.

Man zieht in der neuen Wohnanlage ein und stellt nach einer gewissen Zeit fest, dass die Nachbarn völlig anders sind als erwartet. Zunächst macht das ja nicht viel aus, man zieht sich hinter seiner Tür zurück und schließt sich ein. Unter Umständen kann man so jahrelang nebeneinander her leben, ohne sich zu kennen, ohne viel miteinander zu reden, jeder geht seines Weges. Für nähere Beziehungen oder gar Freundschaften scheint es keine Notwendigkeit zu geben.

Mehr Toleranz unter Nachbarn wäre wünschenswert

In vielen Häusern geht man sich aus dem Weg, die Vereinsamung und Isolierung der Menschen schreitet voran. In den Wohnblocks wohnen manchmal Menschen mit verschiedenen Lebensvorstellungen und -stilen, mit unterschiedlichen kulturellen Orientierungen, Herkunft und Muttersprachen nebeneinander. Manchmal haben Seniorinnen und Senioren für jungen Familien, Jugendliche oder Studierende kein Verständnis und auch umgekehrt.

Es gibt viele Gründe, sich über den Nachbarn zu ärgern, insbesondere in den großen Wohnanlagen der Städte. Manche stört schon der Geruch von gekochtem Sauerkraut im Treppenhaus, andere haben einen Widerwillen gegen Knoblauchgeruch aus der Nachbarwohnung. Ein bisschen Toleranz wäre hier wünschenswert.

Konflikte können entstehen über eine nicht gemachte Hausordnung, über den nicht getrennten Müll, über den Lärm der Fußball spielenden Kinder oder über zu laute Musik. Wenn ein Streit ausbricht, kann schnell ein ungutes Klima entstehen und die Gefahr der Eskalation nimmt zu. Nicht wenige ziehen es vor, in eine andere Wohnung zu ziehen, statt mit dem Nachbarn zu sprechen und den Konflikt zu bearbeiten.

(Siehe Artikel S. 12 „Wie gute Nachbarschaft gelingen kann“.)

schen 40 und 49 Jahre alt (44 % hatten schon mal einen Konflikt mit den Nachbarn), sie haben oft einen einfachen Bildungsabschluss (Hauptschule ohne Lehre 44,9 %), sind Arbeiter (36,5 %) oder Selbständige (39,7 %), sie verdienen zw. 2000 und 2500 Euro (42 %).

Nachbarschaftsnahkampf

Auch eine Studie aus den Niederlanden aus dem Jahr 2008 gibt Anlass zu Sorgen. Es wurde festgestellt, dass drei Viertel der 1,5 Millionen Menschen, die pro Jahr umziehen, dies aus Ärger über ihre Nachbarn tun (Tages-themen 06.10.2008, Niederländischer Nachbarschaftsnahkampf). Als Hauptgrund für den Umzug (62 %) wurde die Nähe „lästiger Jugendlicher“ angegeben.

Das Nürnberger Amt für Stadtforschung und Statistik stellte in Umfragen mehrfach fest, dass etwa die Hälfte aller Hauptmieter konkrete oder vage Umzugspläne hat (Statistik aktuell M 398 vom 30.03.11 und M 419 vom 22.01.13). Vor allem die jüngere Generation unter 30 hat mehr oder weniger Umzugspläne (über zwei Drittel). Drei von vier der Befragten, die (gelegentlich) umziehen wollen, meinen, dass „etwas stört an der Wohnung/Wohngegend (insg.)“, ein Drittel der Umzugswilligen geben als Störfaktoren „manche Leute, die hier wohnen (Nachbarschaft)“ an, 30 % stören „fehlende Parkplätze“ und 29 % „störende Umgebung (Lärm, hässliche Gegend) und nur 20 % „zu wenig Grünflächen“ (M398).

Das Projekt „BLEIB in Nürnberg“ und die Reformierung des Arbeitsmarktzugangs für Flüchtlinge

Claudia Geßl



Podiumsdiskussion: Von l.n.r.: T. Schüller, Stadtrat, Die Linke; A. Weikert, MdL SPD; V. Osgyan, MdL B. 90/ Die Grünen; Dr. Manfred Schmidt, Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge; Moderator Wolfgang Heilig-Achneck; Olaf Kuch, Leiter Einwohnermeldeamt Nürnberg; Dagmar Gerhard, Verein Mimikri; Alexander Thal, Bayerischer Flüchtlingsrat; Naqib Hakimi, Flüchtlingsaktivist, Foto: Archiv Derya Yildirim

Das Projekt „BLEIB in Nürnberg II“ existiert seit 2011, die Förderphase läuft bis 30.06.2015 (eine weitere Förderung stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest). BLEIB dient der beruflichen Integration von Bleibberechtigten und Flüchtlingen und wird durch den Europäischen Sozialfond und dem Bundesministerium für Arbeit & Soziales mit geringem Eigenanteil finanziert. Es beruht in Nürnberg auf der Zusammenarbeit zwischen dem Integrationsrat der Stadt Nürnberg und dem Ausbildungsring Ausländischer Unternehmer (AAU e.V.).

Die Zielgruppe sind Bleibberechtigte und Flüchtlinge mit Duldung und Aufenthaltsge-stattung.

Die Ziele sind die Sensibilisierung von Arbeitgeber/innen sowie der Regeldienste und der Aufbau von nachhaltigen Kooperationsstruk-turen. Dafür macht BLEIB auch Öffentlich-keits- und Lobbyarbeit.

Die Aufgaben des Projekts sind: Akquise von Teilnehmer/innen, Vermittlung in berufsbe-zogene ESF-BAMF Deutschkurse in der Me-tropolregion, Besuche der Unterkünfte vor Ort am Land, Erstberatung und Information zu Änderungen im Ausländer- und Asylrecht sowie Hilfe bei der Beschaffung und Über-setzung von Schulabschlüssen aus den Her-kunftsländern und die Vermittlung in Schule und Studium.

Bis Ende März 2015 wurden insgesamt 1.773 Teilnehmer/innen erreicht und 802 Teilneh-mende in ESF-BAMF berufsbezogene 6-mona-tige Deutschkurse vermittelt, weitere 233 in andere Sprach- und Alphabetisierungskurse, 162 in Ausbildung, Arbeit und Minijobs, 71 in Berufsfachschulen und 56 in Studienkolle-ge und Hochschulen.

Erfreulicherweise bietet die Head-Liner-Schule, eine Privatschule in Nürnberg, für BLEIB Teilnehmer/innen, die studieren möchten, kostenlose Kurse bis C2-Niveau an.

Beim Integrationsrat haben sich in diesem Jahr zwei Schwerpunkte herauskristallisiert:

- Informationen für Akademiker/innen, die schon während des Asylverfahrens, welches manchmal über 2 Jahre dauert, ihr Studium beginnen oder über den 2. Bildungsweg das Abitur nachholen wollen,

- Informationen zum Asylprozess, vor allem zum Thema DUBLIN III (d.h. Asylanträge werden nicht in Deutschland bearbeitet, sondern in dem EU-Land, welches der Flüchtling zuerst betreten hat).

Öffentlichkeitsarbeit im Projekt zum Thema „Arbeitsverbot“

Aktuell wurden in der Süddeutschen Zeitung (11.3.2015) vier Interviews von hochqualifi-zierten Teilnehmer/innen des BLEIB Projek-tes veröffentlicht.

Neben vielen anderen Tagungen, Veranstaltun-gen und Presseinterviews wurde im Rahmen der Interkulturellen Wochen 2014 eine Podi-umsdiskussion zum Thema „Der Zugang zum Arbeitsmarkt für geduldete Flüchtlinge in der Metropolregion – Abschottungspolitik oder Willkommenskultur?“ veranstaltet. In den Nürnberger Nachrichten vom 22.09.2014 ist über die Diskussionsveranstaltung Folgendes zu lesen: „Wenn ein IT-Experte aus Nigeria mit einem Visum nach Deutschland kommt, ist er ein umworbener Fachmann. Beantragt er Asyl, darf er hier nicht arbeiten. Der Leiter des Nürnberger Einwohneramtes, Olaf Kuch, beschreibt damit die Zwiespältigkeit der recht-lichen Vorgaben und illustriert eine Situation mit manchmal absurden Zügen“.

Eine Studie über die betriebliche Ausbildung von jungen Geduldeten des Instituts für Ar-beitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit (<http://doku.iab.de/kurzber/2015/kb0115.pdf>) zeigt, dass die Spielräume bei den Ausländerbehörden unterschiedlich genutzt wurden.

Für die geplanten Änderungen des Asylrech-tes im Juni diesen Jahres wäre es für die Be-troffenen und die weitere Arbeit wichtig, dass der §33 BeschV gestrichen wird, kostenlose Deutschkurse für Asylbewerber/innen ange-boten werden und zudem die DUBLIN III Regelung abgeschafft wird. Denn es macht keinen Sinn, Menschen, die arbeiten wollen, Arbeitsplätze und Ausbildungsbetriebe finden, dies zu verbieten, wie man es in Nürnberg lei-der immer wieder erlebt.

Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen

Immerhin wurden durch das Rechtsstellungs-verbesserungsgesetz im Bundestag im Dezem-ber 2014 einige Aufenthaltsrechte verbessert. So wurde die Residenzpflicht abgeschafft, und seit März dürfen sich alle Flüchtlinge in Deutschland frei bewegen. Ebenso ist das alte Sachleistungsprinzip nachrangig gegenüber Geldleistungen, d.h. in allen Gemeinschafts-unterkünften in Nürnberg werden keine Es-senpakete mehr geliefert, sondern Bargeld ausbezahlt. Obwohl beide Verbesserungen im Dezember 2014 im Bundestag beschlossen wurden, gibt es leider noch kommunale Un-terkünfte, die Essen auf Rädern austeilten.

Eine weitere wichtige Verbesserung ist die Änderung des Asylbewerberleistungsgeset-zes. Nach 15 Monaten werden Leistungen entsprechend der Sozialhilfe bezahlt, und Flüchtlinge in Nürnberg haben bereits die ersten AOK Versicherungskarten per Post erhalten. Vorher mussten sie bei Krankheit für einen Krankenschein um Erlaubnis bitten und konnten, vor allem wenn sie im ländli-chen Raum untergebracht waren, die Ärzte in Nürnberg nicht besuchen, da sie keine freie Ärztewahl hatten.

Der Zugang zum Arbeitsmarkt für Gestat-tete im Asylverfahren wurde auf 3 Monate reduziert. Für Flüchtlinge ist es trotzdem sehr schwer, ohne Zugang zu Deutschkur-sen und wegen der Überprüfung durch die Arbeitsagentur im Hinblick auf das Nachran-gigkeitsprinzip, eine Erlaubnis zur Arbeit zu erhalten.



Besuch des Hermann Kesten Kolleg Nürnberg mit BLEIB Teilnehmer/innen 2014, Foto: Claudia Geßl

Für Flüchtlinge mit Duldung – d.h. deren Ver-fahren beim Bundesamt negativ entschieden wurde, davon viele aus Afghanistan, Iran, Irak, Äthiopien, Aserbaidschan, Pakistan, Ukraine usw. – bedeutet dies fast immer ein Arbeitsverbot. Neuerdings heißt es durch ei-nen Erlass vom 31.03.2015 des Bayerischen Innenministeriums auf S. 5 Punkt 2.2.: „§ 33 BeschV. ist konsequent anzuwenden. Danach scheidet die Erteilung einer Beschäftigungser-laubnis an geduldete Ausländer aus,[...]wenn sie keinen Nationalpass vorlegen.“ Dies ist faktisch ein Arbeitsverbot.

Unter Punkt 2.1. ist zu lesen: „Asylbewerbern und Geduldeten aus sicheren Herkunftsstaa-ten oder deren Asylantrag vom BAMF aus sonstigen Gründen als offensichtlich unbe-gründet abgelehnt worden ist, [...] sind ab sofort grundsätzlich keine Beschäftigungser-laubnisse zu erteilen oder zu verlängern“.

Damit zwingt Bayern die Ausländerbehörden zur Verhängung flächendeckender Arbeitsver-bote.

Mit diesem Erlass werden alle bundesweiten Bemühungen um Integration und die Verbes-erung der Situation von Asylsuchenden tor-pediert.

Dr. Manfred Schmidt, Präsident des Bun-desamts für Migration und Flüchtlinge hatte sich bei einer Fachtagung 2013 dafür ausge-sprochen, in einer Eingangsprüfung vor dem eigentlichen Asylverfahren zu prüfen, ob ein Flüchtling für den Arbeitsmarkt geeignet ist und ihm deshalb ein Aufenthaltstitel als Ar-beitsmigrant zu erteilen ist, oder ob ihm als politisch Verfolgter Asyl zusteht. Dieser Vor-schlag wurde leider nicht in Erwägung gezo-gen.

Wünschenswerte Verbesserungen

Der Paritätische Gesamtverband und der Zen-tralverband des deutschen Handwerks und viele andere Initiativen fordern gesetzliche Verbesserungen für Flüchtlinge und eine In-tegration in den Arbeitsmarkt. Für die neuen Gesetzesänderungen, die im Juni 2015 be-schlossen werden sollen, hoffen alle Akteure, dass es keinen „Kuhhandel“ mit den Rechten von Menschen gibt, sondern wirkliche Ver-besserungen beschlossen werden. Für alle Interessierten, für Flüchtlings- und Bürgerini-tiativen, die „Lobbyarbeit“ für Flüchtlinge ma-chen, ist von Bedeutung, dass die geplanten Verbesserungen im Bundesrat am 12.6.2015 endgültig verabschiedet werden.

Weitere Informationen unter: <http://www.bundestag.de/bundestag/ausschu>

esse18/a04/anhoerungen/42_sitzung_in-halt/364474

Wünschenswert wäre eine Gesellschaft, in der alle die gleichen politischen und sozialen Rechte haben, denn alle atmen dieselbe Luft und es gibt nur eine Welt, in der wir zusam-men friedlich und solidarisch leben möchten.

Claudia Geßl arbeitet in der Geschäftsstelle des Integrationsrates für das Flüchtlingspro-jekt „BLEIB in Nürnberg“

Erfolge des Integrationsrates 2010 – 2015

- Initiierung Elternlotsen/innen (NEST Nürnberger Elternbüro Schulerfolg und Teilhabe) bei IPSN
- Initiierung einer Stelle für Diskriminierungsfragen beim Menschenrechtsbüro
- Initiierung Gemeinwesen-Mediation Nürnberg beim Menschenrechtsbüro
- Initiierung ZAQ – Zentrale Servicestelle Zentrale Servicestelle zur Erschließung ausländischer Qualifikationen beim Bildungszentrum
- Absicherung des Projekts QUAPO (Qualibegleitende Hilfen und Ausbildungsplatzoffensive) bei NOA
- Initiierung eines Projektes zur modularen Qualifizierung von Erzieher/innen mit Migrationshintergrund bei der GGSD
- Erhöhung der Zuschussmittel für „Förderung der schulischen und sprachlichen Integration“
- Mietzuschussmittel für gemeinnützige Zuwanderervereine
- Verbesserung der Integrationsangebote für Flüchtlinge

Weitere Forderungen des Integrationsrates

- Erhöhung des Anteils der Beschäftigten und Auszubildenden mit Migrationshintergrund bei der Stadt Nürnberg
- Dolmetscherdienst in der Verwaltung und im Gesundheitsbereich
- Erhöhung der Beratungskapazitäten für Neuzuwanderer/innen bei den Wohlfahrtsverbänden
- Ausbau der Kindertagesstätten
- Verbesserung der schulischen und beruflichen Chancen für Jugendliche mit Migrationshintergrund
- Schaffung einer Koordinierungsstelle für ehrenamtliche Bildungspatenschaften
- Menschenwürdige Unterbringung von Asylbewerbern
- Willkommens- und Anerkennungskultur als Grundorientierung in allen Verwaltungsbereichen
- Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger/innen
- Doppelte Staatsbürgerschaft etc.



Die erste Ausbildungsgruppe der Elternlotsen/innen des Projekts NEST - Nürnberger Elternbüro Schulerfolg und Teilhabe beim Institut für Pädagogik und Schulpsychologie Nürnberg (IPSN), Foto: Archiv NEST

Selbstorganisation der Flüchtlinge

Markus Schimpf

Schon seit dem Ende der 90er Jahre gibt es Selbstorganisation von Flüchtlingen. The Voice Refugee Forum, die Brandenburger Flüchtlingsinitiative oder die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant*innen starteten Kampagnen gegen Residenzpflicht, Lagerzwang, Sachleistungsprinzip, rassistische Gesetze und Behördenpraxis. Nach dem Selbstmord eines Asylbewerbers aus dem Iran, Mohammad Rahsepar, der sich im Januar 2012 aus Verzweiflung über die Ungewissheit des Ausgangs seines Asylantrags, die Länge des Verfahrens und die Perspektivlosigkeit des Vegetierens im Lager das Leben nahm, gewann der selbstorganisierte

Protest der Flüchtlinge eine neue Qualität und breitete sich schnell über das ganze Land aus. In zahlreichen Städten entstanden selbstorganisierte Initiativen von Flüchtlingen. An vielen Orten gab es Protestzelte von den Flüchtlingen.

Seit 2012 gab es drei Jahre hintereinander Protestzelte von Flüchtlingen am Hallplatz in Nürnberg, die jeweils mehrere Monate standen. Das erste startete am 8. August 2012 und endete am 5. Oktober. Die Flüchtlinge vernetzten sich bundesweit und organisierten einen medial viel beachteten Marsch von Würzburg nach Berlin. Viele der Teilnehmer/innen kamen aus Nürnberg und Umgebung.

Die Flüchtlinge in Nürnberg hatten folgende Forderungen formuliert, die inzwischen zum Teil auch erfüllt wurden:

- Abschaffung der Residenzpflicht (erfüllt)
- Geld statt Essenspakete (erfüllt)
- Abschaffung des Arbeitsverbotes (verkürzt)
- Abschaffung der unmenschlichen Asylheime
- Keine Abschiebung der Flüchtlinge
- Abschaffung der DUBLIN 2/3 -Gesetze
- Anerkennung der streikenden Flüchtlinge im Zelt.

Im Juli 2014 besetzten rund 80 Flüchtlinge den Vorplatz des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAFM) und forderten die

Anerkennung ihrer Asylanträge. Andernfalls wollten sie in den Hungerstreik treten. Nach erfolglosen Verhandlungen, u. a. mit dem Leiter des Bundesamtes, Dr. Manfred Schmidt, wurde der Platz am folgenden Morgen durch die Polizei von den Flüchtlingen geräumt.

Doch die Proteste gingen an anderer Stelle weiter, zwei Tage später begannen 15 Flüchtlinge im Streikzelt am Hallplatz einen Hungerstreik. Zentrale Forderung war dabei ein Gespräch mit dem Präsidenten des BAMF, Dr. Manfred Schmidt und dem Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly über ihre Forderungen. Während OB Maly menschlichen Respekt zeigte und zu einem Gespräch ins Protestzelt kam, lehnte der BAMF-Präsident Manfred Schmidt dies ab.

Als daraufhin die Flüchtlinge ihren Streik ausweiteten und auch keine Flüssigkeit mehr zu sich nahmen, kam das Gespräch unter Vermittlung der Leiterin des Menschenrechtsbüros der Stadt Nürnberg Martina Mittenhuber und im Beisein von OB Maly doch noch zustande.

Die Flüchtlinge brachen daraufhin den Hungerstreik ab, obwohl das Gespräch ohne Ergebnisse blieb.

Die Proteste der Flüchtlinge hatten aber politische Beachtung gefunden und einen erheblichen Widerhall erzeugt. In der Auseinandersetzung der politischen Kräfte, die auf Flüchtlingsabwehr einerseits und andererseits auf die Entwicklung einer Willkommenskultur setzen, wurden die oben erwähnten Zugeständnisse gemacht, leider auf Kosten vor allem von Flüchtlingen aus Balkanländern, insbesondere Roma und Sinti, deren Situation im Gegenzug verschärft wurde.

Die Gesellschaft und die Politik mussten aber zur Kenntnis nehmen, dass Flüchtlinge nun zunehmend die Vertretung ihrer Interessen in eigene Hände nehmen und zu einem politischen Faktor werden.

Markus Schimpf setzt sich aktiv für Flüchtlinge ein



Flüchtlinge demonstrieren im Juli 2014 vor dem Protestzelt am Hallplatz für bessere Lebensbedingungen, Foto: Archiv Integrationsrat

Aus der Arbeit des Integrationsrates

Friedrich Popp



Der neu gewählte Vorsitzende, Ilhan Postaloğlu, verabschiedete im Juli 2014 Diana Liberova aus ihrem Amt, Foto: Derya Yildirim

Nach dem Einzug zweier Vorstandsmitglieder des Integrationsrates in den Stadtrat fand im Juli 2014 auch ein Stabwechsel an der Spitze des Integrationsrates statt. Ilhan Postaloğlu wurde zum neuen Vorsitzenden gewählt, Stellvertreter/innen wurden Angela Trumheller, Lemia Yiyit und Adam Zurawel. Die Arbeit des Integrationsrates lief in den letzten 12 Monaten wie gewohnt weiter.

Höhepunkt war die gut besuchte Integrationskonferenz am 11. Oktober, organisiert von der Stadt Nürnberg und in Kooperation mit dem Integrationsrat, zum Thema „Nürnberg ist bunt – Vom Umgang mit Vorurteilen in einer vielfältigen Gesellschaft“. Im Oktober wurde der Interkulturelle Preis des Integrationsrates an die Organisatoren des Fußballfestes gegen Rassismus (Eichenkreuz



Für 10 Jahre Fußballfest gegen Rassismus erhielten Eichenkreuz/Evang. Jugend u. der scheidende Ausländerbeauftragte des Evang. Dekanats den Interkulturellen Preis 2014 des Integrationsrates, Foto: Hilal Toptas

Mitglieder des Integrationsrates nahmen mit einem Infostand am Gostenhofer Stadtteilstadtteilfest teil. Im Herbst fanden die Interkulturellen Wochen statt, der Integrationsrat veröffentlichte die selbstorganisierten interkulturellen Veranstaltungen der Vereine und Institutionen in einer Broschüre.

Nürnberg/ Evangelische Jugend und Pfarrer Kuno Hauck/ ehemaliger Ausländerbeauftragter des Evangelischen Dekanats) für das seit einem Jahrzehnt andauernde Engagement für ein interkulturelles Zusammenleben der Menschen unterschiedlicher Herkunft verliehen.



Infostand des Integrationsrates beim Gostenhofer Stadtteilfest im Juni 2014, Foto: Friedrich Popp

Eine jährlich wiederkehrende Tradition ist die Herausgabe des Interkulturellen Wandkalenders, der zahlreiche Abnehmer findet. Ende Januar 2015 konnte der Integrationsrat ca. 400 Personen aus Vereinen, Gesellschaft und Politik im Rathaus zum Neujahrsempfang begrüßen.

Der Bundesinnenminister Thomas de Maizière besuchte am 16. April das Projekt „BLEIB in Nürnberg“. Integrationsrat und AAU e.V. erklärten das Projekt zur Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt und wiesen auf die Schwierigkeiten hin, welche Flüchtlinge bei der Arbeitsaufnahme haben (siehe Artikel S. 14).

Nürnberg ein kommunales Programm entwickelt, um Bildungspatenschaften für Schüler/innen systematisch aufzubauen. Es sollten auch Mittel für Bildungspatenschaften bereitgestellt werden (bisher weder Programm noch Mittelbewilligung).

• In einer ausführlichen Stellungnahme forderte der Integrationsrat im Oktober 2014 ein Paket von Reformmaßnahmen auf kommunaler und auf Landesebene, um die Bildungschancen der Schüler/innen mit Migrationshintergrund zu verbessern (vgl. WIR 23). Zum Beispiel wurde festgestellt: „Unbefriedigend sind die Schulabschlüsse ausländischer Schüler. Während 15 % der ausländischen Schüler



Bundesinnenminister Thomas de Maizière besuchte am 16.04.2015 das BLEIB-Projekt von Integrationsrat und AAU e.V., Foto: Manuela Dermirdag

Eine große Herausforderung stellt sich dem Integrationsrat in Bezug auf die Neuwahl des Integrationsrates 2016. Satzung und Wahlordnung sollen auf einen aktuellen Stand gebracht werden. Die neuen Regelungen werden voraussichtlich im Herbst im Stadtrat endgültig verabschiedet werden.

In den Vollversammlungen verabschiedete der Integrationsrat mehrere Beschlüsse zu folgenden Themen:

• Vom Stadtrat wurde eine positive Stellungnahme zum „Kommunalen Wahlrecht“ gefordert.

die Schule ohne Abschluss verlassen, sind dies unter den deutschen Schülern nur 5 %. Über die Hälfte aller deutschen Schüler erreichen das Abitur oder Fachabitur, aber nur 19 % der ausländischen Schulabgänger.“

• Das erfolgreiche Projekt "BLEIB in Nürnberg" zur Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt soll für die folgenden Jahre verlängert werden

• Der Integrationsrat appellierte an die Verwaltung, bei städtischen Integrationsprojekten grundsätzlich Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu beteiligen.



Trotz Schneeregen kamen am 31.01.2015 Tausende zur Kundgebung „Nürnberg hält zusammen“, um gegen rechtsextremistische Hetze zu demonstrieren, auch der Integrationsrat war dabei, Foto: Friedrich Popp

• Für die Haushaltsberatungen 2015 wurden (vergeblich) Personalstellen gefordert für die Geschäftsstelle des Integrationsrates sowie für die psychologische Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in Sprachlernklassen.

• Das Netzwerk Gemeinwesen-Mediation sollte Mittel für die Förderung erhalten (Mittel wurden bewilligt).

• Der Integrationsrat schlug vor, dass die Stadt

• Eine Ausbesserung der Sportanlagen im Anapark wurde angeregt (und von SÖR durchgeführt).

Grundsätzlich beteiligt sich der Integrationsrat an den Aktivitäten der Stadt im Rahmen der Aktion „Nürnberg hält zusammen“. So führte der Integrationsrat am 21. März eine eigene Fotoaktion „RESPEKT“ durch, die von der AGABY angeregt und vom DGB unterstützt wurde (siehe Foto S. 1).